

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrotbofstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Fringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Einzelband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Anzeigenstellen 2 Pf. monatl. 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einkl. der Romanbeilage) 10 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. — Inserionsgebühr die fünfgehaltene Zeile 15 Pf. — Post-Beilage Nr. 700.

Nr. 145.

Magdeburg, Freitag, den 24. Juni 1898.

9. Jahrgang.

## Auf zur Stichwahl!

### Reichstagswähler in Galbe-Achersleben und Wanzleben.

Noch ein Wahlgang ist in beiden Kreisen erforderlich.

Ihr 27 000 Wähler von Galbe-Achersleben und Wanzleben, die Ihr im ersten Wahlgang Euer Votum gegen den Nationalliberalismus abgegeben habt, an Euch tritt die Pflicht heran, am 24. Juni das Werk zu vollenden und dem Nationalliberalismus die verdiente Niederlage zu bereiten.

In der Hauptwahl konnte jede Partei in den Kampf eintreten und ihre Kräfte messen. Nun aber müssen alle sonstigen Gegenätze zurücktreten vor der einen grossen brennenden Frage:

**Für oder gegen das Agrarierthum?**

**Für oder gegen die Reaktion?**

**Für oder gegen die Wahlrechtsfeinde?**

Wähler! Sorgt dafür, daß sich am 24. Juni der Sieg an die sozialdemokratischen Fahnen heftet, daß der nationalliberal-konservative Mischmasch die Niederlage erleidet, die er verdient.

Wählt die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, im

Wahlkreise Galbe-Achersleben den

**Schriftsteller Albert Schmidt, Magdeburg**

im Wahlkreise Wanzleben den

**Tischlermeister Ferdinand Gerlach, Halberstadt.**

### Gewaltsamer Umsturz oder friedliche Entwicklung?

Die Diktatur des Junkertums — das ist es, worüber diesmal die Wahlen entscheiden.

Ökonomisch bankrott, sucht das Junkertum seine politische Macht zu benutzen, um ökonomische Vorteile herauszuschlagen und sich das deutsche Volk zinsbar zu machen. Es beherrscht die Regierung, das heißt, es verfügt über Bureaucratie und Armee, und es erfreut sich der Bundesgenossenschaft der großen kapitalistischen Monopolisten, die mit ihm das Volk schröpfen, mit ihm die Beute teilen.

Aber es fand bisher noch einigen Widerstand im Reichstag, dank dem allgemeinen Wahlrecht, das der Sozialdemokratie, der entschiedensten Gegnerin der junkerlichen wie jeder anderen Ausbeutung, eine zahlreiche Vertretung im Reichsparlament ermöglicht, und infolge dessen auch den übrigen bürgerlichen Parteien den Nacken etwas steifer macht.

Daher die Wut der Junker und Junkergenossen gegen die Sozialdemokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht. Die Sozialdemokratie geknebelt, dann ist die letzte Schranke jener Willkür gefallen, die Diktatur des Junkertums ist vollendet und sie kann dem deutschen Volke erpressen, was sich erpressen läßt.

Die Junker sind jedoch die Letzten, die daran denken könnten, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der bürgerlichen Freiheit — und sei sie auch so spärlich, wie die im Deutschen Reiche gewährte — fertig zu werden. Die einzige Methode politischen Kampfes, die für sie Erfolg verspricht, ist die der gewaltsamen Unterdrückung; dabei aber bedürfen sie des Umsturzes der bestehenden Verfassung. Aufhebung des bestehenden Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit, Ausnahmegeetze gegen die Lohnarbeiterschaft und ihre Vertreter: das sind die Vorbedingungen, deren das Junkertum bedarf, ehe es seinen Raubzug gegen das deutsche Volk in Scene setzen kann, und darum wird in dem jetzigen Wahlkampfe vor allem gekämpft.

Es handelt sich dabei viel mehr um die Frage, ob die politischen und sozialen Kämpfe Deutschlands hinfort auf dem Boden westlicher Civilisation oder östlicher Barbarei aus-

gefochten werden sollen, als um die, ob die Sozialdemokratie sich nach wie vor in gleicher Kraft entfalten soll.

Unsere Partei wurzelt zu tief in den Verhältnissen, als daß gewaltsame Unterdrückung sie vernichten könnte: sie wächst und bethätigt sich ja sogar in Rußland, und auf dessen Niveau werden die Junker trotz ihrer Verehrung der Krone Deutschland doch nicht mehr bringen können, wenn ihre Macht noch so sehr wüchse. Die Verfolgungen haben uns bisher noch nirgends gebrochen, ja nicht einmal unsere Entwicklung aufgehalten, sondern nur gefördert. Der Arbeiter, auf dem ökonomischer und politischer Druck zugleich lastet, der wird viel eher Sozialdemokrat als jener, der bloß gegen ökonomischen Druck allein zu kämpfen hat. Das lehrt schon die flüchtigste Vergleichung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie mit der Englands und Amerikas.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem immer und überall die entschiedenste Verfechterin der politischen Freiheit ist, so ist sie das nicht aus Selbsterhaltungstrieb, sondern im Interesse der friedlichen sozialen Entwicklung, die nur auf dem Boden der Freiheit möglich ist. Spekulierten wir wirklich auf den gewaltsamen Umsturz, dann müßte uns nichts willkommener sein, als eine junkerliche Mehrheit im nächsten Reichstag, denn der Umsturz von oben erweckt auch den Drang nach gewaltsamem Umsturz von unten.

Welches war denn die einzige Wirkung des Sozialistengesetzes? Das Erwachen der Neigung zum terroristischen Bombenanarchismus, und zwar nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch in seinen Nachbarländern — denn Deutschland giebt seit 1870 den politischen Ton in ganz Mitteleuropa an. Ja, in manchen Nachbarländern, Oesterreich, Italien, Frankreich gedieh der durch das Sozialistengesetz gezüchtete Bombenanarchismus noch besser, dank der Abwesenheit des Wahlrechts oder einer kraftvollen, disciplinierten Sozialdemokratie. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes bereite den Boden für das Hinsterben des Bombenanarchismus, der heute nirgends mehr einen Anhang hat. In Deutschland war er nie zur Bedeutung gelangt, dank dem Fortbestehen des allgemeinen Wahlrechts und der Disciplin der Sozialdemokratie.

Das Fortbestehen des Wahlrechts, das war aber, nach der Ansicht unserer Konservativen, der große Fehler des Sozialistengesetzes, den sie jetzt gut machen wollen, wenn es ihnen gelingt, eine gefügige Mehrheit zu erlangen. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie es für ihre dringendste Aufgabe ansehen, dem Bombenanarchismus in Deutschland den Boden zu bereiten — und einen günstigeren Boden noch, als ihn das Sozialistengesetz bot — dem Bombenanarchismus und Ausbrüchen der Verzweiflung und disciplinierter, verhungerruder Volksmassen. Die Hungerrevolten Italiens und jetzt Galiziens, dieses Junkerparadieses, und anarchistische Attentate, das sind die Zustände, die das ostelbische Junkertum in Deutschland heimlich machen würde, wenn es zum Siege gelangte.

Das stärkste Bollwerk gegen solche Zustände bietet das Bestehen einer starken, wohl disciplinierten Sozialdemokratie, die vor allem dahin strebt, die Bahn geistlicher Entwicklung frei zu halten, weil sie sehr wohl weiß, daß dieser Weg, wenn er auch vielleicht am langsamsten zum Ziele führt, doch der sicherste und der am wenigsten opfervolle ist. Die Proletarier haben eben ihre eigene Haut zu Markte zu tragen, während das Junkertum freiwillige oder zwangsweise rekrutierte Knechte ins Feuer schießt, die seine Kämpfe ausfechten müssen.

An Scenen, wie sie in Mailand vorgekommen, liegt einem Bollwurzjunker nichts; er provoziert sie leichten Herzens, wenn er seine Interessen dadurch fördert.

Wenn man alles das erwägt, kann man nicht zweifelhaft darüber sein, welche Wahlsiege in den kommenden Stichwahlen die friedliche Entwicklung der Gesellschaft mehr bedrohen und die brutalsten Formen des gewaltsamen Umsturzes mehr fördern, der Sieg der Konservativen oder der der sozialdemokratischen Kandidaten.

Neugierig aber darf man darüber sein, welche Haltung das liberale Bürgertum dabei einnehmen wird. Von ihm wird es vielleicht abhängen, ob die Konservativen und ihre Schutztruppen im nächsten Reichstag die Mehrheit haben oder nicht. Zeigt es nur einen Funken politischen Verstandes, dann kann es nicht unschlüssig sein bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten, für wen es sich entscheiden soll. Ebenso wie das Proletariat

Herr Adler ging mit gleichmäßigen schweren Schritten, und er schwankte dabei auf seinen ungeheuren Füßen wie ein Kavallerist. Wenn er sich nicht gerade den Schweiß vom verschwitzten Gesicht oder vom roten Nacken wuschte, dann standen ihm die herunterhängenden Arme mit den großen Händen und den dicken kurzen Fingern wie zwei gespannte Geigenbögen weit vom Körper ab. Die breite Brust hob und senkte sich wie ein Ufalebalg in einer Schmiebe. Von weitem schon begrüßte Herr Adler den am Fenster sitzenden Pastor mit phlegmatischen Kopfbewegungen; es wäre schwer gefallen, zu erraten, ob es Lachen war oder etwas anderes, das über dieses fleischige Gesicht gebreitet war, auf dem Strenge und Gedankenlosigkeit allein zu herrschen schienen.

Bei dem Alten war diese von der Natur so grob gemeißelte Physiognomie nicht abschauerregend; sie war vielmehr wunderbar. Sie weckte auch nicht Furcht, sondern eher die Empfindung, daß man ihr nicht widerstehen könne. Es schien, als ob in diesen unsäumlischen Händen Eisenstäbe sich blagen müßten, so wie der Boden der Fabriksäle sich unter Herrn Adlers Tritten bog.

„Na, wie geht's, Martin?“ rief er, als er ins Zimmer trat, und dabei schüttelte er dem Pastor kräftig und unbeholfen die Hand. „Nichtig, Du warst gestern ja in Warschau; hast Du nichts von meinem Jungen gehört? Der Kerl schreibt so selten, daß die Bank nur allein weiß, wo er sich eigentlich aufhält.“

Wie sie da beide neben einander standen, sah der zarte Böhme neben seinem Freunde aus, wie — um mit den Worten der Bibel zu sprechen — die Henschrecke neben einem Kameel.

„Na, sprich doch,“ wiederholte Adler, indem er sich auf dem Kanapee niederließ, das unter seiner Last krachte, und seine tubale Stimme harmonierte dabei forderbar mit dem rhytmischen Stampfen der Maschine, das der von der Fabrik her wehende Wind durch's offene Fenster ins Zimmer trug. „Schrieb mein Ferdinand an die Bank?“

Böhme erinnerte sich an seinen vorhin zurechtgelegten Plan und wollte den ersten Teil seiner Rede, — von den unvoranschbaren Absichten des Allmächtigen beginnen . . . aber der Pastor hatte einen Fehler; er konnte nicht stehend sprechen, wenn er nicht seine Brille vor den Augen hatte. So suchte er denn jetzt in der rechten Hosentasche, suchte in der linken, — die Augengläser waren nicht da; er griff in die hintere Rocktasche, fand sie aber auch hier nicht.

Adler kannte den Freund durch und durch. „Martin, wozu suchst Du Deine Augengläser; Du willst mir doch keine Predigt halten?“

„Ja, siehst Du?“

„Aber ich frage Dich nach Ferdinand; hat er an die Bank geschrieben?“

„Gleich sag' ich Dir's,“ erwiderte unruhig Böhme und steckte die Hand in die Brusttasche. Dabei fiel ihm aus dieser ein Dokument heraus.

Adler wußte, daß Böhme in der Brusttasche nur sehr wichtige Dokumente trug; er wollte das Papier aufheben, und da erblickte er darauf seinen Namen. Ohne sich lange zu besinnen, begann er das Schriftstück zu lesen.

Böhme war so mit dem Suchen seiner Brille beschäftigt, daß er das gar nicht bemerkte, und plötzlich lief er aus dem Zimmer. „Wie konnte ich nur vergessen, daß ich die Brille im Staubmantel habe!“ rief er.

Als er wieder ins Zimmer trat, die Brille triumphierend auf der Nase, sah Adler unbeweglich und nachdenklich. Böhme erblickte das Dokument in seiner Hand, und nun wurde ihm klar, daß die zwei ersten Teile seiner Rede vollständig überflüssig waren. „Achtundfünfzigtausend Rubel,“ murmelte der Fabrikant, „achtundfünfzigtausend Rubel Schulden in zwei Jahren, und zehntausend Rubel habe ich ihm jährlich geschickt. Wann werde ich dieses Loch verstopfen?“

Böhme beschloß, mit dem dritten Teile seiner Rede zu beginnen. „Obwohl, lieber Gottlieb, Dein väterliches Herz schwer durch die Fehler Deines Sohnes betrübt sein muß, obwohl Du gewiß Dein Los beklagen . . .“

Adler erwachte inzwischen aus seiner Apathie. „Was heißt beklagen!“ unterbrach er den Pastor, „zahlen muß ich, zahlen! . . . Johann!“ schrie er auf einmal mit einer Stimme, die Feuerfische klirren machte und auf deren Ruf der Diener sofort erschien. „Ein Glas Wasser!“

Augenblicklich wurde ihm das Verlangte gebracht. Adler trank in einem Zuge das Glas leer, trank dann ein zweites und dann war er ganz ruhig. „Wann muß an Reichthum telegraphieren,“ sagte er, . . . „heute noch sende ich eine Depesche ab . . . Der Kerl soll nach Hans zurück. Genug gereift.“

Jetzt wurde es dem Pastor klar, daß auch der dritte Teil seiner Rede überflüssig war, und er bemerkte mit Schrecken, daß Adler allzu nachsichtig das Verhalten seines Sohnes beurteilte.

Das waren die Gründe, die den Pastor bewogen, aus dem Verteidiger zum Ankläger zu werden.

„Deine christliche Unterwerfung unter den Willen des Allmächtigen, lieber Gottlieb,“ begann er, „ist ja lobenswert; aber vergiß nicht, daß der Mensch nicht nur resigniert, sondern auch thätig sein muß. Unser Herr und Heiland hat sich nicht nur für uns geopfert, sondern er hat auch gelehrt und gelehrt, und so müssen wir auch nicht nur das Leid tragen, sondern auch andere belehren und bessern. Dein Sohn Ferdinand kommt nicht im geringsten dem Gebote Gottes nach, der dem aus dem Paradiese vertriebenen Menschen zu arbeiten befohl. . . .“

„Johann,“ rief plötzlich Adler. Der Diener kam. „Geh' in die Fabrik, die Maschine geht zu schnell; die Kerle dort träumen immer, wenn sie mich nicht sehen. Sag', man soll die Maschine etwas hemmen!“

(Fortsetzung folgt.)

schichten. Ein Teil der Streikenden befindet sich schon seit dem 6. Juni im Kampf. Adresse: Ernst Deuthner, Konsum-Restaurant Schebewitz.

Gerichtliche Urteile.

Sandgericht Magdeburg.

Der vielfach vorbestrafte Händler Jakob Werner aus Ebn., geboren 1869, hat sich bei seinem gerichtlichen Vernehmung 1896 zu Bonn und 1897 hier selbst die Personalien seines Bruders beigelegt und dadurch unrichtige Eintragungen in die Bücher und Register veranlaßt. Den Angeklagten trafen wegen Urkundenfälschung 6 Monate Gefängnis.

Der vertittene Schuhmann Büchel faßte am 15. März auf dem Cracauer Anger den Arbeiter Hermann Böhle hier, geb. 1870, dabei ab, als er bei den Kugelfängen der Schließflände Kleingeln aufsuchte. Der Gerichtshof belegte den Angeklagten wegen strafbaren Eigennutzes mit 20 Mark Geldstrafe.

Die unversehrte Louise Schulze zu Sanberleben, geboren 1878, diente in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis zum 9. Januar d. J. bei einem hiesigen Kaufmann und benutzte die Gelegenheit, sorglos sowohl aus dem Warenlager als auch aus der Wirtschaft eine große Anzahl Sachen zu stehlen. Ferner entwendete sie eines Tages im „Kunstpalast“ ein Jackett, einen Hut, einen Muff, ein Pelzbarrett und ein Paar Handschuhe. Der Gerichtshof strafe die Angeklagte mit 6 Monaten Gefängnis.

Seit dem Jahre 1897 wurden einem Fabrikanten zu Aken über 4000 Stück leere Säcke gestohlen. Die Spur führte jedesmal nach dem Gehöft des schon wiederholt vorbestraften Bierverlegers Karl Stöber daselbst, geboren 1863, auf dessen Heuboden schließlich bei einer Hausdurchsuchung im Januar d. J. 250 Stück Säcke vorgefunden wurden. Als Thäter wurden die bei dem Bestohlenen in Arbeit gewesenen Müller Josef Menke zu Jersb., geboren 1870, und Rudolf Schliepeisen zu Mogah, geboren 1870, ermittelt, die nach zuvoriger Verabredung diesen Diebstahl ausgeführt hatten, um sich wegen angeblicher Lohnabzüge zu rächen. Die Säcke hatten sie über eine Mauer in den Garten geworfen, von wo sie sich Stöber der Vereinbarung gemäß abholte. Weitere Diebstähle stellte die Verhandlung gegen die Angeklagten nicht fest. Das Urteil lautete gegen Menke und Schliepeisen auf je ein Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Stöber wegen Fehlerlei auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Letzterer wurde sofort verhaftet.

Der Arbeiter Friedrich Heine zu Aken, geboren 1871, stahl am 2. Oktober 1897 dem Aufseher aus seiner Frühstücksstube ein Messer im Werte von 3 Mark und wurde, da wiederholter Rückfall vorliegt, mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Der Arbeiter Wilhelm Lücke zu Stassfurt, geboren 1872, erbrach am 23. Mai d. J. in der Wohnung seiner Wirtin einen verschlossenen Schrank und stahl seinem Schlafgenossen, sowie einem Fremden aus den Taschen der Bekleidungsstücke zusammen 5.20 Mk. Dem Angeklagten trafen 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Der Kutscher Richard Kämpf hier, geboren 1866, fuhr am 2. April ds. J. mittags mit einem Achemwagen im Galopp quer über den Breitenweg und bog in die Große Münzstraße ein. Als der Schuhmann Koch die Pferde festhielt, beleidigte Kämpf in Gemeinschaft mit dem ebenfalls auf dem Wagen sitzenden Kutscher August Rhode hier, geboren 1874, den Beamten durch Schimpfreden. Beide leisteten durch Drohungen Widerstand und wurden deshalb abgeführt. Den verhafteten Rhode versuchte der Arbeiter Otto Krug hier, geboren 1875, zu befreien. Unter Berücksichtigung der Vorstrafen wurden verurteilt: Kämpf zu vier Wochen Haft und vier Monaten Gefängnis, Rhode zu zwei Monaten, Krug zu drei Monaten Gefängnis.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 18. Juni d. J., abends 6 Uhr fand eine Versammlung der Zimmerer Magdeburgs und der Umgegend im Dreifäserbund statt. Tagesordnung: 1. Streitangelegenheit, 2. Verschidenes. Zum ersten Punkt erstattete Kamerad Heße, Mitglied der Lohnkommission, Bericht über die gegenwärtige Lage des Streits. Er gab bekannt, daß sich noch 253 Kameraden mit 498 Kindern im Auslande befinden. Die Lage des Streits und das Verhalten der Kameraden ist eine gute, Arbeitswille haben sich nicht gefunden, nur einige Tischler haben Zimmerarbeit ausgeführt, was von dem Redner sehr gerügt wurde. Hieran brachte Redner ein Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes zur Verfügung, in welchem man uns zumutet, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, was allgemeine Enttäuschung unter den Versammelten hervorrief. Im Laufe der Debatte, welche nun eintrat, wurde von den Rednern darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, am gesteckten Ziele festzuhalten und nicht zu wanken, bis der Sieg der unsre ist. Daß dieses jedem Anwesenden aus dem Herzen gesprochen war, bewies die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute am 18. Juni im Dreifäserbund tagende Versammlung der Zimmerer Magdeburgs und Umgegend erklärt sich durch keine Machination des Arbeitgeberverbandes irreführen zu lassen. Sie erklärt ferner, an dem Beschluß der Versammlung vom 25. April d. J. unentwegt festzuhalten und sollte uns dieses vom Arbeitgeberverbande durch Verbreitung schwarzer Listen usw. noch so erschwert werden.“ Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Resolution dem Arbeitgeberverbande zuzustellen als Antwort auf sein Schreiben an die Lohnkommission der Zimmerer. Im Verschidenen wurden noch einige Mängel zur Sprache gebracht und zur Zufriedenheit der Versammelten erledigt. Mit einem Appell an die Anwesenden, den Kampf in so ruhiger und jachtlicher Weise weiterzuführen wie bisher trotzdem und alledem, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand (Stbe.), Fall, Wuchs. Lists water levels for various locations like Dresden, Torgau, Rottberg, etc.

den heutigen Verhältnissen, da alle Lebensmittel und Mietpreise ganz besonders gestiegen sind, wir an unserer Forderung festhalten. Was nun den Arbeitstarif betrifft, so werden wir auch darüber sehr bald einig werden, denn es dreht sich hauptsächlich um die halbe Stunde am Sonnabend. Wenn uns die Meister ein Entgegenkommen zeigen, so werden wir auch daran nicht unbedingt festhalten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß wir am Sonnabend nicht länger als bis fünf Uhr arbeiten mit Ausnahme der Tage vor den Festtagen. Was den Arbeitstarif in den Wintermonaten anbelangt, wird die Festlegung der Arbeitszeit von der Verhandlung abhängig sein, jedoch werden wir an einer geregelten festgesetzten Arbeitszeit festhalten. Auch ersuchen wir darum, an den kurzen Arbeitslagen eine einstündige Mittagspause festzusetzen. Wir haben nicht die Absicht, den Meistern ihre Rechte zu schmälern. Im vergangenen Jahre haben wir gezeigt, daß uns an einem friedlichen Verhalten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern viel gelegen ist. Ihr Herr Vorsitzender hat dieses in einer Kommissionsauskunft selber erklärt, und daher hoffen wir, daß unsere Wünsche, welche den reinen Bedürfnissen entsprechen, auch erfüllt werden. — Dieses Schreiben ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, wir bitten vielmehr, daselbe als eine Unterredung zwischen Meistern und Gesellen aufzufassen und sehen wir Ihrer Antwort entgegen.

Als Antwort hierauf ging der Lohnkommission der Zimmerer folgendes Schreiben zu:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 1. d. Mts. erwidern wir Ihnen auf einstimmigen Beschluß unserer Verbanderversammlung, was wir bereits den Meistern und Bauarbeitern unterm 7. Mai z. B. berichtet, daß wir die Forderung eines und des selben Lohnes an gewandte, wie an weniger bewanderte Arbeitnehmer entschieden ablehnen müssen. — Wir haben deshalb in unserem Lohnstarif nur die Grenze des Lohnes nach unten hin zahlenmäßig festgesetzt, um ein Geringsinken desselben unter die ertlichen Verhältnisse zu verhüten.

Ein Mehr im Lohn muß beiderseits fest abhängig bleiben, von der vorliegenden Arbeitsmenge, der Arbeitswilligkeit und der Arbeitsfähigkeit jedes einzelnen. Das ist in dem von uns herausgegebenen Lohnstarif für die Zeit vom 1. April 1898 bis dahin 1899 auch ausgedrückt.

Sie geben in Ihrem Schreiben selbst zu, daß der in unserem Tarif festgesetzte Mindestlohn allenthalben gezahlt ist.

Wenn nun im April d. J. die Verbesserung des Lohnes bei einer Anzahl tüchtiger und fleißiger Leute nach Ihrer Ansicht noch nicht erfolgt ist, so liegt die Ursache hierfür darin, daß weder die Arbeitsmenge, noch — infolge des lauen Winters — das Material vorhanden war, um die vorliegenden Bauten in geeigneter Weise fördern zu können.

Daß aber in geschäftstillen Zeiten, bezw. beim Mangel an Material jeder Geschäftsinhaber schon Schaden genug hat, wenn er den Betrieb aufrecht erhalten will, wird jedem einsichtsvollen Menschen einleuchten müssen.

An dem von uns aufgestellten Arbeitstarif halten wir entschieden fest, wohingegen wir damit einverstanden sind, daß an den gewöhnlichen Sonnabenden um 5 Uhr Feierabend gemacht wird, selbstredend unter Bezahlung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit, wie dies bereits im April d. J. geschehen ist.

Ob an kürzeren Arbeitstagen eine einstündige oder eine kürzere Mittagspause eingehalten wird, darauf legt der Verband gar kein Gewicht, überläßt die Verhandlung darüber vielmehr jedem einzelnen Arbeitgeber mit seinen Leuten.

Daß auch den im Arbeitgeber-Verbande vereinigten Geschäften an einem friedlichen Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen viel gelegen ist, wird am besten durch folgende Thatsache bewiesen.

Der infolge des vorjährigen Lohn- und Arbeitstarifes eingesetzten Kommission, welche aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand und die Differenzen zwischen Meistern und Gesellen bezw. Arbeitnehmern sollte, wurden im Laufe des vorigen Jahres — besonders von Meistern und Bauarbeitern — eine unglückliche Menge Streitfälle angezeigt, welche sämtlich, bis auf zwei Fälle — und auch diese noch nicht unbedingt — ein für allemal zu Ungunsten der Arbeitnehmer entschieden werden mußten.

Diese Thatsache giebt wohl Veranlassung zum Nachdenken.

Gerade aber die Erfahrungen, welche wir bei diesen Gelegenheiten gemacht, veranlassen uns, nur unter einem Arbeitstarif, wie der von uns herausgegebene, in Zukunft arbeiten zu lassen.

Schachtelnd

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes. J. A. U. Böttcher.

Der Maurerstreik in Neuhalbensleben dauert unverändert fort; zu unterstützen sind noch 59 Kollegen mit 82 Kindern. In einer Versammlung am 17. d. M. erklärten die Kollegen bis auf einige, die am Ort bleiben müssen, Neuhalbensleben zu verlassen. Die Folgen des Streiks machen sich schon recht fühlbar, auf einem Neubau drohten einige Kappen-Gewölbe einzufallen, dieselben waren von den Lehrjungen hergestellt, aber noch vor dem Einfallen von denselben wieder herausgenommen. Die Meister sagen: Die Lohnkommissionsmitglieder seien noch zu jung, um mit ihnen zu unterhandeln, trotzdem dieselben ein Alter von 28 bis 38 Jahren haben, sie möchten zum Unterhandeln gerne alte, aber zum Arbeiten junge Leute haben. Da sich nun im Laufe der Zeit unwahre Gerüchte verbreitet hatten und die Forderung der Arbeiter als unverschämte bezeichnet wurde, sah sich die Lohnkommission genötigt, Aufklärung zu geben und veröffentlichte einen Artikel in den Lokalzeitungen. Darauf antworteten die Meister in derselben Weise. Eine öffentliche Maurerversammlung am 12. Juni, welche von dem Artikel Kenntnis nahm, nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung weist mit Entrüstung die Behauptung der Meister zurück, daß die hiesigen Gesellen ein Einkommen von 600 bis 1075 Mark haben. Letzteres haben nicht einmal die hiesigen Poliere gehabt. Es wäre überaus lächerlich, wenn wir heute in einen Streik eintreten, um das zu erlangen, was wir nach den Angaben der Meister schon längst bekommen haben. Wir ersehen aber aus dem Vorgehen des Unternehmertums, daß man unsere Forderung nicht bewilligen will. Wir erklären aber, daß wir mit aller Energie darauf bestehen, daß wir als Sieger aus diesem Kampf hervorgehen.“

In 2000 Bergarbeiter des Zwickauer Reviers sind infolge ihrer mäßigen Lohnverhältnisse und der Unnachgiebigkeit ihrer Werkverwaltungen in den Streit getrieben worden. Unter ihnen befinden sich viele Familienväter, die wegen des geringen Lohnes, den sie in der letzten Zeit verdient haben, bei Aufnahme des Kampfes mit ihren Familien in die bitterste Not geraten. Sie haben den Kampf mit dem übermächtigen Großkapital aufgenommen. Die größte Anzahl der Streikenden gehört leider noch keiner Organisation an (die Organisation der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter wurde im Jahre 1895 behördlich aufgelöst). Der Streik ist ein Abwehrkampf, der gegen die Herabsetzung der Bedinge und für die Abschaffung der 12 stündigen Schichtzeit unternommen worden ist. Folgende Forderungen sind gestellt worden: Erhöhung des Schichtlohnes um 10 Prozent, Beibehaltung der zehnstündigen Schichtzeit, sowie 10 Prozent Zulage im Gehende und 50 Prozent Zuschlag für Ueber-

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg, Verlag von Bernhard Cordaun, Magdeburg-Neustadt, Druck von Franz Wetzig, Magdeburg, Geschäftsstelle: Drettelweg 127. Redaktion: Drettelweg 127 (Eingang Schrotborfstraße), Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 85 Pf. Der Abonnent in Deutschland monatlich 1 Exemplar, 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen viertheilbar 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 zzgl. Befragsgeb. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage) 10 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzeratgebühren die fünfzehntägige Beilage 15 Pf. Beilagezeitung Nr. 700.

Nr. 145.

Magdeburg, Freitag, den 24. Juni 1898.

9. Jahrgang.

## Auf zur Stichwahl!

### Reichstagswähler in Galbe-Achersleben und Wanzleben.

Noch ein Wahlgang ist in beiden Kreisen erforderlich.

Ihr 27 000 Wähler von Galbe-Achersleben und Wanzleben, die Ihr im ersten Wahlgang Euer Botum gegen den Nationalliberalismus abgegeben habt, an Euch tritt die Pflicht heran, am 24. Juni das Wort zu vollenden und dem Nationalliberalismus die verdiente Niederlage zu bereiten.

In der Hauptwahl konnte jede Partei in den Kampf eintreten und ihre Kräfte messen. Nun aber müssen alle sonstigen Gegensätze zurücktreten vor der einen grossen brennenden Frage:

**Für oder gegen das Agrariertum?**

**Für oder gegen die Reaktion?**

**Für oder gegen die Wahlrechtsfeinde?**

Wähler! Sorgt dafür, daß sich am 24. Juni der Sieg an die sozialdemokratischen Fahnen heftet, daß der nationalliberal-konservative Mischmasch die Niederlage erleidet, die er verdient.

Wählt die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, im

Wahlkreise Galbe-Achersleben den

**Schriftsteller Albert Schmidt, Magdeburg**

im Wahlkreise Wanzleben den

**Tischlermeister Ferdinand Gerlach, Halberstadt.**

### Gewaltfamer Umsturz oder friedliche Entwicklung?

Die Diktatur des Junkertums — das ist es, worüber diesmal die Wahlen entscheiden.

Oekonomisch bankrott, sucht das Junkertum seine politische Macht zu benutzen, um ökonomische Vorteile herauszuschlagen und sich das deutsche Volk zinsbar zu machen. Es beherrscht die Regierung, das heißt, es verfügt über Bureaucratie und Armee, und es erfreut sich der Bundesgenossenschaft der großen kapitalistischen Monopolisten, die mit ihm das Volk schröpfen, mit ihm die Beute teilen.

Aber es fand bisher noch einigen Widerstand im Reichstag, dank dem allgemeinen Wahlrecht, das der Sozialdemokratie, der entschiedensten Gegnerin der junkerlichen wie jeder anderen Ausbeutung, eine zahlreiche Vertretung im Reichsparlament ermöglicht, und infolge dessen auch den übrigen bürgerlichen Parteien den Nacken etwas steifer macht.

Daher die Wut der Junker und Junkergenossen gegen die Sozialdemokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht. Ist die Sozialdemokratie geknebelt, dann ist die letzte Schranke junkerlicher Willkür gefallen, die Diktatur des Junkertums ist vollendet und sie kann dem deutschen Volke erpressen, was sich erpressen läßt.

Die Junker sind jedoch die letzten, die daran denken könnten, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der bürgerlichen Freiheit — und sei sie auch so spärlich, wie die im Deutschen Reiche gewährte — fertig zu werden. Die einzige Methode politischen Kampfes, die für sie Erfolg verspricht, ist die der gewaltfamen Unterdrückung; dabei aber bedürfen sie des Umsturzes der bestehenden Verfassung. Aufhebung des bestehenden Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit, Ausnahmegeetze gegen die Lohnarbeiterschaft und ihre Vertreter: das sind die Vorbedingungen, deren das Junkertum bedarf, ehe es seinen Raubzug gegen das deutsche Volk in Szene setzen kann, und darum wird in dem jetzigen Wahlkampf vor allem gekämpft.

Es handelt sich dabei viel mehr um die Frage, ob die politischen und sozialen Kämpfe Deutschlands hinfort auf dem Boden westlicher Zivilisation oder östlicher Barbarei aus-

gefochten werden sollen, als um die, ob die Sozialdemokratie sich nach wie vor in gleicher Kraft entfalten soll.

Unsere Partei wurzelt zu tief in den Verhältnissen, als daß gewaltfame Unterdrückung sie vernichten könnte: sie wächst und behätigt sich ja sogar in Rußland, und auf dessen Niveau werden die Junker trotz ihrer Verehrung der Krone Deutschland doch nicht mehr bringen können, wenn ihre Macht noch so sehr wüchse. Die Verfolgungen haben uns bisher noch nirgends gebrochen, ja nicht einmal unsere Entwicklung aufgehalten, sondern nur gefördert. Der Arbeiter, auf dem ökonomischer und politischer Druck zugleich lastet, der wird viel eher Sozialdemokrat als jener, der bloß gegen ökonomischen Druck allein zu kämpfen hat. Das lehrt schon die flüchtigste Vergleichung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie mit der Englands und Amerikas.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem immer und überall die entschiedenste Verfechterin der politischen Freiheit ist, so ist sie das nicht aus Selbsterhaltungstrieb, sondern im Interesse der friedlichen sozialen Entwicklung, die nur auf dem Boden der Freiheit möglich ist. Spekulierten wir wirklich auf den gewaltfamen Umsturz, dann müßte uns nichts willkommen sein, als eine junkerliche Mehrheit im nächsten Reichstag, denn der Umsturz von oben erweckt, auch den Drang nach gewaltfamen Umsturz von unten.

Welches war denn die einzige Wirkung des Sozialistengesetzes? Das Erwachen der Neigung zum terroristischen Bombenanarchismus, und zwar nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch in seinen Nachbarländern — denn Deutschland giebt seit 1870 den politischen Ton in ganz Mitteleuropa an. Ja, in manchen Nachbarländern, Oesterreich, Italien, Frankreich gedieh der durch das Sozialistengesetz gezüchtete Bombenanarchismus noch besser, dank der Abwesenheit des Wahlrechts oder einer kraftvollen, disciplinierten Sozialdemokratie. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes bereite den Boden für das Hinsterben des Bombenanarchismus, der heute nirgends mehr einen Anhang hat. In Deutschland war er nie zur Bedeutung gelangt, dank dem Fortbestehen des allgemeinen Wahlrechts und der Disziplin der Sozialdemokratie.

Das Fortbestehen des Wahlrechts, das war aber, nach der Ansicht unserer Konservativen, der große Fehler des Sozialistengesetzes, den sie jetzt gut machen wollen, wenn es ihnen gelingt, eine gefügige Mehrheit zu erlangen. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie es für ihre dringendste Aufgabe ansehen, dem Bombenanarchismus in Deutschland den Boden zu bereiten — und einen günstigeren Boden noch, als ihn das Sozialistengesetz bot — dem Bombenanarchismus und Ausbrüchen der Verzweiflung undisciplinierter, verhungender Volksmassen. Die Hungerrevolten Italiens und jetzt Galziens, dieses Junkerparadieses, und anarchistische Attentate, das sind die Zustände, die das ostelbische Junkertum in Deutschland heimlich machen würde, wenn es zum Siege gelangte.

Das stärkste Bollwerk gegen solche Zustände bietet das Bestehen einer starken, wohl disciplinierten Sozialdemokratie, die vor allem dahin strebt, die Bahn gesetzlicher Entwicklung frei zu halten, weil sie sehr wohl weiß, daß dieser Weg, wenn er auch vielleicht am langsamsten zum Ziele führt, doch der sicherste und der am wenigsten opfervolle ist. Die Proletarier haben eben ihre eigene Haut zu Markte zu tragen, während das Junkertum freiwillige oder zwangsweise rekrutierte Knechte ins Feuer schickt, die seine Kämpfe ausfechten müssen.

An Scenen, wie sie in Mailand vorgekommen, liegt einem Bollkuijunker nichts; er provoziert sie leichten Herzens, wenn er seine Interessen dadurch fördert.

Wenn man alles das erwägt, kann man nicht zweifelhaft darüber sein, welche Wahlstiege in den kommenden Stichwahlen die friedliche Entwicklung der Gesellschaft mehr bedrohen und die brutalsten Formen des gewaltfamen Umsturzes mehr fördern, der Sieg der konservativen oder der der sozialdemokratischen Kandidaten.

Neugierig aber darf man darüber sein, welche Haltung das liberale Bürgertum dabei einnehmen wird. Von ihm wird es vielleicht abhängen, ob die Konservativen und ihre Schutztruppen im nächsten Reichstag die Mehrheit haben oder nicht. Zeigt es nur einen Junker politischen Verstandes, dann kann es nicht unschlüssig sein bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten für wen es sich entscheiden soll. Ebenso wie das Proletariat

# Achtung! Parteigenossen!

Die zur Unterstützung der Kandidaturen unserer Partei in den benachbarten Wahlkreisen thätigen Genossen versammeln sich heute abend 7 1/2 Uhr im Dreikaiserbund. Diejenigen, welche dazu in der Lage sind, machen sich reisefertig, um an demselben Abend noch abreisen zu können.

## Parteigenossen!

### Wir brauchen 300 Mann,

um die Wahlkreise besetzen und die Wahlbeeinflussungen der Gruben- und Salzbarone verhindern zu können. Von einer genügenden Beachsichtigung hängt der Sieg unserer Kandidaten ab.

Die parteigenössliche Pflicht eines jeden, der sich frei machen kann, ist es, am 24. Juni für die sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. —

Ist auch das Bürgertum daran interessiert, daß die kommenden politischen und sozialen Kämpfe sich möglichst in gesetzlichen Formen, frei von allen Gewaltthaten abspielen; es hat nicht das mindeste Interesse an der frivolen va banque-Taktik der bankrotten Kreuzzeitungs-Mitler.

Aber das liberale Bürgertum hat Mannesmut und politische Einsicht schon in so vielen für die politische Entwicklung Deutschlands verhängnisvollen Momenten vermissen lassen, daß wir auch diesmal keine Erwartungen darauf bauen dürfen.

Umsomehr müssen wir unsere ganze Kraft anspannen, um am 24. Juni nicht bloß die Sache der Sozialdemokratie, sondern auch die der friedlichen sozialen Entwicklung gegenüber dem gewaltsamen Umsturz von oben zum Siege zu führen. —

## Politische Tagesrundschau.

### Deutschland.

#### Die Ergebnisse der Reichstagswahlen

„Nach den amtlichen Ermittlungen“ werden in einer Uebersicht im Reichs-Anzeiger mitgeteilt. Daraus ergibt sich, daß im ganzen 186 Stichwahlen stattfinden werden, darunter 107 in Preußen. Da die Angaben ohne Wahlziffern erfolgen, so hat ihre Zusammenstellung kein besonderes Interesse, da die einzelnen Wahlkreise, in denen Stichwahlen stattfinden, bereits bekannt sind. —

#### Reaktionäre Wünsche

äußert wieder einmal die Kreuzzeitung. Sie klagt die Eisenbahnen an, daß sie den Bezug aus den Provinzen nach den großen Städten begünstigen. Das reaktionäre Blatt konstatiert die „bedauerliche Thatsache“, „daß man noch nicht dazu gekommen ist, einer Entwicklung entgegenzuarbeiten, welche als eine gesunde unmöglich betrachtet werden kann.“ — Nur Geduld! Wenn erst der agrarische Staat vollends zur Wahrheit geworden ist, wird das Eisenbahnjahren schon den Leuten, die nicht Rittersgutbesitzer sind, obrigfeitlich verboten werden. Uebrigens, bemerkt dazu die Volks-Zeitung, ist Herr Dr. Kropatschek, der Chefredakteur der Kreuzzeitung, sicherlich aus der Provinz nach Berlin auch nicht zu Fuß gekommen, Känzel und Stiefel über den Stod gehängt und sie auf dem Rücken balancierend. Als er selbst nach der Großstadt kam, um hier besser bezahlte Arbeit und größere persönliche Freiheit zu finden, als er sie in der Provinz gefunden hatte, hat er sich jedenfalls der Vorteile des Eisenbahntransports erfreut. Warum will er dies den armen ostelbischen Landarbeitern verbieten, die nur dasselbe thun, was er gethan hat? Wo bleibt die christliche Gerechtigkeit? —

#### Auflösung eines Kriegervereins wegen unpatriotischen Verhaltens der Mitglieder.

Die Reine-Zeitung bringt folgende amtliche Bekanntmachung: „Die unter dem 9. Februar erteilte Bestätigung der Statuten des Kriegervereins Priessee ist wegen des statutenwidrigen Verhaltens der überwiegenden Mehrzahl seiner Mitglieder mittels Verfügung vom heutigen Tage zurückgezogen worden. Der genannte Verein hört infolgedessen von heute ab auf, ein Kriegerverein zu sein und geht insbesondere das Recht verlustig, eine Fahne zu führen.“ a. H. L. v. W. Der königliche Landrat. v. Woyna. Das Wahlergebnis ließ klar erkennen, daß die meisten Kriegervereins-Mitglieder in Maximalzahl der Kandidaten der weltlichen oder sozialdemokratischen Umsturzpartei ihre Stimmen gegeben hatte. Diese unpatriotische Haltung der Mitglieder machte die Auflösung des Vereins erforderlich. —

#### Das Wolffsche Telegraphenbureau als Paulbanger des Bundes der Landwirte.

Die National-Zeitung schreibt: „Das Wolffsche Telegraphenbureau besitzt die — wie sollen wir sagen — Naivität, den Zeitungen eine Prophezei des Bundes der Landwirte zuzuwenden, um deren Verbreitung es, wie bemerkt, von dem Bunde erfucht worden ist. Diese Renommee, welche darin besteht, die Wahl fast aller in ersten Wahlgänge durchgekommenen konservativen und national-liberalen Abgeordneten auf die „Macht“ des Bundes zurückzuführen, der bekanntlich mit fast allen seinen eigenen Wahlaktionen durchgefallen ist, hat schon in dem hiesigen Presseorgan des Bundes gestanden, ist aber in der übrigen Presse teils unerwähnt gelassen, teils als leere Prophezei gekennzeichnet worden. Hierauf giebt das Wolffsche Telegraphen-Bureau sich zu ihrer besonderen Verbreitung an die Presse her! Die gerissenen Geschäftsleute

des Bundes rechnen darauf, daß das Nachwort so in eine Anzahl namentlich kleinerer Zeitungen eingeschmuggelt wird, bei denen nicht zu allen Stunden ein Redaktionsdienst vorhanden ist. Dazu Gasse zu leisten, verliert unser Erachtens gegen die Pflichten des „Wolffschen Telegraphen-Bureaus“ als eines für die deutsche Presse aller Parteirichtungen bestimmten Agentur. Sollten sich dergleichen Verhältnisse wiederholen, so würde, wie wir nicht bezweifeln, ein großer Teil der Presse sich zu umfassender Abwehr vereinigen. Es herrscht ohnehin vielfache Unzufriedenheit mit dem „Wolffschen Telegraphen-Bureau“. Das können wir nur unterzeichnen! Der Vorschlag, den das obige Bureau der Reaktion Jahr aus Jahr ein durch die Auswahl seiner Nachrichten leistet, ist schon bedauerlich genug. Daß es nun aber auch anfängt, der Meinungsunterdrückung des Bundes der Landwirte gefällig zu sein, schlägt dem Fasse den Boden aus. —

#### Der Bund der Landwirte und die Sozialdemokratie.

Einem Unfall hat der Bund der Landwirte im Kampfe gegen die Sozialdemokratie erlitten. Der Weber Bruno Seidel in Schopau (20. kächs. Reichstags-Wahlkreis) hatte sich an den Reichstags-Abgeordneten dieses Kreises, Herrn Baron Gottfried v. Herber, gewandt, um die Mittel zu erlangen, eine Broschüre über die angebliche Korruption in der sozialdemokratischen Partei zu schreiben, um gleich den großen Vorbildern, den Arbeitern Lorenzen in Kiel und Fischer in Berlin, zum berühmten Manne zu werden. Aus dieser Broschüre ist jedoch nichts geworden, so daß Seidel schließlich auf Veranlassung des Herrn v. Herber ein Flugblatt zu dem üblichen Zwecke geschrieben hat, die Sozialdemokratie zu vernichten. Das Flugblatt soll am Tage vor der Stichwahl im 20. Wahlkreise als letzter vernichtender Schlag gegen die Sozialdemokratie verbreitet werden. Leider war es bereits am 20. Juni mit dem Mute des neuen Sozialistenbüchlers, Herrn Seidel, vorbei. Vor die Thatsache gestellt, seine Behauptungen auch beweisen zu müssen, bekam Herr Seidel Angst und stellte jetzt seinen gesamten Briefwechsel mit dem Herrn v. Herber und dem Bund der Landwirte unseren Parteigenossen zur Verfügung, um die Veröffentlichung eines Pamphletes zu verhindern. Für seine „Euthüllungen“ erhielt der arme Weber Seidel von dem noblen Herrn Baron und vielfachen Millionär ganze 30 Mark, eine Broschüre des Korbmachers Fischer und ein Abendbrot im Schlosse Forchheim, wofür er vom Herrn Baron v. Herber gnädigst empfangen wurde. Die 30 Mark waren jedoch weggeworfen. Dem Bund der Landwirte kam auf die geistreiche Idee, daß, wenn Unterschlagungen und dergleichen von sozialdemokratischen Führern behauptet werden sollten, die Wahrheit dieser Behauptungen unter allen Umständen vor Gericht bewiesen werden muß. Auf diese Eventualität aufmerksam gemacht, zog es dann der edle Arbeiter Seidel vor, auf die Veröffentlichung seiner Lügen zu verzichten. — Man sieht, mit welchen schmutzigen Durschen und welcher schmutzigen Parteitaktik die Sozialdemokratie sich herumschlagen muß. —

#### Gegen die Agitation der Agrarier

wendet sich das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft in seinem Jahresbericht für 1897. Es stellt fest, daß von einer energischen Abwehr unberechtigter agrarischer Forderungen verhältnismäßig wenig zu merken sei. Der agrarischen Strömung seien unverkennbar manche Konzessionen gemacht worden. Man brauche nur an das Biergesetz und dessen Ausführung in Preußen, an das neue Margarinegesetz, an verschiedene teils bestehende, teils in Aussicht genommene Sperrmaßregeln zu erinnern. „All diese Konzessionen, alle kleinen Mittel“, die angewendet wurden, um die Lage der Landwirtschaft zu heben, haben die agrarische Bewegung nicht eingebremst. Diese Bewegung richtet sich im Grunde gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung, gegen die moderne wirtschaftliche Freiheit, welche Deutschland groß und stark gemacht und den staunenswerten wirtschaftlichen Aufschwung unseres Vaterlandes hervorgerufen und begünstigt hat. Unter dem Schlagwort, die Landwirtschaft sei bislang stiefmütterlich behandelt, ihre Lebensinteressen seien denen der Industrie und des Handels geopfert worden, wird versucht, die wirtschaftliche Entwicklung zurück zu revidieren, Handel und Industrie zu fesseln, um Sonderprivilegien für die Landwirtschaft zu erlangen.“ Der Bericht weist sodann nach, daß die 1892 erfolgte Ermäßigung des Getreidezolls und namentlich deren Ausdehnung auf Rußland im Jahre 1894 die Landwirtschaft nicht beteiligt habe, daß im Gegenteil seit Abschluß des russischen Handelsvertrages unserer heimischen Landwirtschaft ein Schutz in der vollen Höhe des bestehenden Zolls gesichert sei. Um dieses Gutachten werden sich unsere nimmermatten Kollektenden natürlich nicht kümmern, sondern nach immer neuen Mitteln schreien und nicht eher ruhen, als bis sie das Volk bis aufs Blut ausgezogen haben. —

#### Konservative Wahlwache.

Im Wahlkreise Grünberg-Freystadt wurden die Entschädigungen an die Ueberschwenkten am Tage vor der Wahl abends 7 Uhr ausgehändigt, zugleich mit einem Stimmentzettel für den konservativen Kandidaten Prinzen Georg von Schönau-Carolath. In Aufhalt fand die Verteilung der Entschädigungsgelder am Wahltag selbst statt. —

## Nachrichten aus dem Auslande.

Der Prozeß Zola kam gar kein Ende finden. Wie aus Paris gemeldet wird, ist er jetzt auf den 10. Juli verschoben. —

Die Neubildung des französischen Kabinetts, welche dem Radikalen Carrien übertragen war, ist mißlungen. Derselbe hatte sich verschiedene Absagen geholt und dann auf die Bildung des Kabinetts verzichtet. —

Die italienische Kabinettskrisis ist noch immer in der Schwebe. Popolo Romano meldet am Mittwoch unter Vorbehalt, Senator Finali werde auf die Kabinettsbildung verzichtet. Dem Don Chisciotto und Messaggero zufolge soll dagegen Finati seine Bemühungen, das neue Ministerium zustande zu bringen, fortsetzen. Am

Mittwoch vormittag wurde der frühere Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, vom König empfangen. —

Von den Mailänder Blutgerichten wurden weitere 18 Personen zu 1 Monat bis 6 Jahre Einschließung verurteilt. —

Bu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Mineuarbeitern kam es in Khymany-Balley (Südwales). Die Ausständigen hatten gegen nicht ausständige Kameraden eine Kundgebung veranstaltet. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter ein Führer der Mineuarbeiter. Von Ponthyribb ist Kavallerie an Ort und Stelle entsandt worden. —

Vom spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatz werden demnächst wieder interessante Nachrichten eintreffen, da es bald zu einem entscheidenden Vorgehen der Amerikaner kommen muß. Das Marine-Departement in Washington erhielt am Dienstag ein Telegramm des Admirals Sampson, welches meldet, daß am Montag Generalmajor Shafter und die Transportflotte in der Nähe von Santiago angekommen seien. Nach einem weiteren Telegramm von dem amerikanischen Geschwader vor Santiago trafen General Shafter und Admiral Sampson am 20. d. M. zusammen und begaben sich 17 Meilen westlich von Santiago an Land. Hier trafen sie, nachdem sie etwa eine Meile landeinwärts gezogen waren, mit dem Führer der Ausständigen, Garcia, zusammen, welcher dort mit 8000 Mann lagerte. Es fand eine mehrstündige Besprechung statt. Wahrscheinlich wird eine allgemeine Landung nicht vor zwei oder drei Tagen versucht werden, aber kleine Truppenkörper werden wahrscheinlich am Donnerstag an verschiedenen Punkten östlich und westlich von Santiago gelandet werden, wo sie vor ernstlichen Angriffen der Spanier sicher sind. — Eine Depesche der Associated Press vom Male St. Nikolas bestätigt, daß die Transportflotte des Generals Shafter am Montag nahe bei Santiago eingetroffen seien. Zeit und Ort der Ausschiffung seien noch nicht bestimmt. Die Ziffer der Streitkräfte betrage etwas mehr als 15 000 Mann. —

Auf den Philippinen hat nach übereinstimmenden Meldungen aus verschiedenster Quelle der Insurgentenführer Aguinaldo thatsächlich die Errichtung einer unabhängigen Republik proklamiert. Dies hat, wie dem „Manchester Guardian“ aus New-York berichtet wird, den Präsidenten der Vereinigten Staaten sehr in Verlegenheit gesetzt. Man will sicherlich, so schreibt der genannte Korrespondent, nicht darum 20 000 Mann amerikanischer Truppen nach Manila schicken, damit dieselben nur zu Ehren der Republik der Philippinen eine Salutschalbe abfeuern und dann wieder nach Amerika zurückdampfen. Der Plan einer militärischen Verwaltung der Philippinen soll schon weit vorgeschritten sein, wozu auch die zeitweilige Beibehaltung des spanischen Zolltarifs gehören soll. Die endgültige Regelung dieser Dinge ist Sache des Kongresses. —

## Die Stichwahlen.

### Die Stichwahlparole.

B. In den bürgerlichen Blättern wird jetzt geflüstert und geschachert; man glaubt sich in eine Straße versetzt, wo jüdische Händler ihre alten Kleider an den Mann zu bringen versuchen. Der Schacher geht nur diesmal um Reichstagsmandate. Keine der bürgerlichen Parteien will zu kurz kommen und so viel wie möglich Mandate für sich herauszuschlagen, dabei aber beileibe nicht in den Verdacht geraten, antimonarchisch oder gar vaterlandlos zu sein. In diesen Verdacht kommt man aber leicht, wenn man mit der Sozialdemokratie flehübelt, d. h. um ihre Stimmen bettelt, oder ihnen gar in der Stichwahl Unterstützung zusichert. Und geheuchelt wird deshalb von den bürgerlichen Freunden der Monarchie und des Vaterlandes, daß es einen Hund jammern könnte.

Am klüglichen sieht es in dieser Beziehung wieder einmal bei den Freisinnigen aus. Einige wenige Freistimmen ausgenommen, in denen ehrliche Demokraten zu Worte kommen, schwanken die Freisinnsmänner hin und her wie die Rohre im Winde. Von den Kartellparteien ist — unter einem großen Aufwande von Heuchelei natürlich — die Parole ausgegeben worden: „Gegen die Sozialdemokraten, für die Freisinnigen.“ Obwohl die um Eugen Richter wissen, daß sich die höheren Beamten und die verabschiedeten Offiziere und was sonst noch zum konservativen Troß in den Städten gehört, lieber die Zunge abbeißen, als daß sie einem antimilitärisch gestimmten Freisinnigen, sei es auch einem Sozialdemokraten gegenüber, die Stimme geben, hat sie diese Parole der konservativen Parteileitung doch überall schwankend und wankend gemacht. Die Leute, die immer heftig dagegen remonstrierten, wenn wir sie mit zur reaktionären Waffe warfen, zeigen jetzt ihr wahres Gesicht und das ist durchaus reaktionär.

Es kommt jetzt klar zum Ausdruck, wie groß die Kluft zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Weltanschauung ist, viel größer als die Kluft, welche die extremsten bürgerlichen Parteien von einander trennt. Obwohl es eigentlich Charakterpolitik ist, politischer Selbstmord, wenn ein wirklich liberaler Mann heute einem Agrarier zum Siege verhilft und damit die Gefahr der Brot- und Fleischverteuerung sowie die Zehnlegung der deutschen Exportindustrie heraufbeschwört, die Selbstmordpolitik wird von dem Freisinn doch verübt. Die Brot- und Kornwucherer werden von ihm gegen den Sozialdemokraten gewählt. Nur ganz vereinzelt sind die Fälle, wo es freisinnige Kandidaten und Wahlkomitees wagen, offen zur Wahl des Sozialdemokraten aufzufordern. Der Fall in Offenach, wo es geschah, scheint bisher der einzige Fall zu sein und auf den Einfluß zurückzuführen sein, den dort der durchgefallene freisinnige Kandidat, der bekannte linksfreisinnige Politiker Dr. Harmening, besitzt. Blättern wie der Volks-Zeitung und der Berliner Zeitung, die ehrliche demokratische Umwandlungen haben und offen die Wahl von Sozialdemokraten gegen Junker empfehlen, wird von dem offiziellen Parteiorgan, der Freisinnigen Zeitung Eugen Richters, in den Rücken gefallen. In der

That giebt dieser große Politiker und Taktiker bereits seinen Segen zur Wahl von Brot- und Kornwucherern.

Auch unter den übrigen Parteien wird die Schacherpolitik getrieben. Die beiden feindlichen Kulturbrüder Centrum und Nationalliberale sind im Kampfe gegen den bösen inneren Feind pöblich ein Herz und eine Seele geworden und haben für eine ganze Anzahl von Wahlkreisen einen Gegenseitigkeitspakt geschlossen, der in der Hauptsache darauf hinausläuft, uns die früher in Büchlings, Dortmund, Solingen, München I innegehabten Mandate zu entreißen. Daß die Antisemiten, welche sich vor den Hauptwahlen am liebsten als die reinste und edelste Volkspartei aufzuspielen beliebten, mit klingendem Spiel in das Lager der Junker und Volksausbeuter übergegangen sind, braucht niemand gesagt zu werden. Wer diese Gesellschaft auch nur flüchtig in ihrem Entwicklungsgange beobachtet hat, wird von ihr nichts anderes erwartet haben.

Was folgt nun aber für uns Sozialdemokraten aus diesem Verhalten der Gegner? Die Darlegungen müssen jedem Genossen klar gemacht haben, wie schwierig unser Stand bei den Stichwahlen sein wird. Deshalb legen wir es jedem Genossen noch in letzter Stunde ans Herz, ja am morgigen Freitag **Wahlpflicht** zu tun und mit seinen Freunden und Verwandten und Kollegen und Arbeitsgenossen mit an die Wahlurne zu schleppen. Wenn auch die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen können, weil gar viele Wähler einsichtiger und klüger sein werden, wie ihre auf den Mandatschacher ausgehenden Führer, wenn auch die jetzt allseitig für das Junkertum gegen die Sozialdemokratie ausgegebene Parole uns nur neue Scharen von Anhängern aus den bürgerlichen Parteien zutreiben wird, so sind wir doch hauptsächlich auf unsere eigene Kraft angewiesen. Partei-genossen, thut deshalb in vollem Umfange eure Schuldigkeit. Werbe niemand dem Wahlstich fern, Sorge ein jeder dafür, daß wir die Siege der Hauptwahl am Stichwahltag erneuern und mindestens **fünf Tausend sozialdemokratische Vertreter** im kommenden Reichstag Sitz und Stimme bekommen.

**Die Vossische Zeitung** schreibt zu den Stichwahlen: „Mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat wird sich der nächste Reichstag nicht beschäftigen, wohl aber mit den Handelsverträgen. Die Staats- und Gesellschaftsordnung von heute wird die Sozialdemokratie auch im nächsten Reichstag nicht abschaffen; aber das Wahlrecht kann geändert, und Umsturzgesetze können gemacht und hohe Wollzölle eingeführt und die Getreidezölle erhöht werden. Schon kündigt die konservative Presse für den Fall, daß das Oberverwaltungsgericht in unparteilicher Rechtsprechung das erstinstanzliche Urteil über die Feenpalast-Versammlung bestätigt, eine sofortige Verschärfung des satzsaum verfehlten Ubergangsgesetzes an. Glaubt man, daß die freisinnige Wähler-schaft auf alle diese Gefahren keine Rücksicht zu nehmen habe, sobald der Ruf ertönt: „Gegen die Sozialdemokratie!““

**Engen Richter** der bis jetzt noch keine bindende Stichwahlparole ausgegeben hat, sucht dieses Herumlatieren um den springenden Punkt auf folgende Weise zu erklären. Er schreibt: Keine einzelne Partei, die zwischen Gegnern rechts und links steht, hat eine einheitliche Wahlparole veröffentlicht oder besolgt eine solche. Weder ist dies bei der Centrumpartei der Fall, noch bei der nationalliberalen Partei. Unter diesen Umständen ist es unverständlich, wie man in der Presse von rechts oder links der Freisinnigen Volkspartei zum Vorwurf machen kann, daß sie es bei der Verschiedenheit der Parteien, denen sie gegenübersteht, und bei der Verschiedenheit der Wahlkreise unterläßt, eine einheitliche und allgemeine Wahlparole aufzustellen. Zugleich müssen wir nochmals Verwahrung dagegen einlegen, daß der Freisinnigen Volkspartei eine solche allgemeine Parole oder Schablone untergeschoben wird, je nach den Äußerungen einzelner freisinniger Blätter oder den Erklärungen einzelner lokalen Wahlkomitees.

**Konservative, Bauernblübler und Sozialdemokraten.** Daß die edle Sippe der Liebesgabenjäger und Brotwucherer den Kampf gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen proklamiert, ist selbstverständlich. Die konservative Korrespondenz fordert dazu auf, bei den Stichwahlen jede konservative Stimme aufzubieten, um die Sozialdemokratie auch unter der größten Selbstverleugnung zu bekämpfen, auch wenn der konservativen Partei materielle Erfolge daraus nicht erwachsen, und der Bund der Landwirte erklärt in seiner Korrespondenz vom 22. Juni: „Wir haben unsere Parteifreunde aufgefordert, rückhaltlos ohne jede Verklammerung gegen die Sozialdemokratie zu stimmen.“

**Die Stichwahlen in Berlin.** In Berlin machen alle „Ordnungsparteien“ die größten Anstrengungen, der Sozialdemokratie die drei Siege, welche sie bisher inne hatte, wieder zu entreißen. In sämtlichen vier Wahlkreisen hat der sozialdemokratische Kandidat mit einem volksparteilichen um das Mandat zu ringen. Die Sozialdemokratie ist hierbei ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen, während die Volkspartei sich der Unterstützung aller übrigen Parteien erfreut; Konservative, Nationalliberale und Antisemiten haben die Freisinnigen ihrer Unterstützung versichert und alle trennenden Punkte vergessen, um nur bloß die Reichshauptstadt aus den Klauen der „roten Kotte“ zu retten. Unsere Parteigenossen in Berlin sind also ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen. Wir hoffen, daß die Berliner Arbeiter am Stichwahltag ihrem alten Rufe Ehre machen und dem ganzen konservativ-nationalliberal-antisemitisch-freisinnigen Knuddelmuddel den verdienten Fußtritt verfehlen.

**Die Stichwahlen und der Papst.** Das Centrum hat für seine Stellungnahme, der Sozialdemokratie gegenüber, bereits Kulturs aus Rom erhalten. Der Frankfurter Zeitung wird berichtet, daß der Kardinal Rampolla mit den Kardinalen Steinhilber und Ledochowski lange Konferenzen abgehalten habe, um dem deutschen Centrum ein energisches Vorgehen gegen die Sozial-

demokratie anzurufen. Ledochowski ist beauftragt, über die Haltung des Vatikan dem Kaiser Wilhelm zu berichten. Was werden aber die Centristen zu Ehler, auf die es doch in erster Linie ankommt, dazu sagen, wenn man ihnen zuwutet, einem konservativ-nationalliberalen Milchmädchenkandidaten die Stimme zu geben, bloß weil das Centrum Hospizpartei werden will.

### Nachrichten aus Magdeburg.

**Freigegeben** von der Anklage, durch die Deklaration des Schauspielers der Buchhandlung Volkstümme gegen den § 9 des Pressegesetzes und den § 148 der Gewerbeordnung verstoßen zu haben, wurde unser Verleger, Genosse Harbaum. In dieser Angelegenheit war schon vorm Schöffengericht Freisprechung erfolgt, der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein, die aber keinen Erfolg hatte. Dem Passanten des Breiterwegs wird also nach wie vor die Gelegenheit gegeben sein, die interessantesten und anziehendsten Auslagen der Buchhandlung Volkstümme in Augenschein zu nehmen. Wir kommen auf die Verhandlungen zurück.

**Die Sachsenhau** schreibt: Zur Beachtung für die Wähler des Wahlkreises Wanzleben. Durch die Presse ist ein Bericht über das beinahe unzurechnungsfähige Heranzufördernde Benehmen des sozialdemokratischen Kandidaten in Seehausen am Tage der Wahl gegangen und die Volkstümme hatte darüber in „Ihrer Weiße“ unter Verschweigung der Unwissenheit Verlagsbericht. Es war deshalb dem sozialdemokratischen Blatte vom Wahlvorstande die folgende Verichtigung eingeschickt mit dem Inerbeten, etwaige Kosten wegen des größeren Umfangs der Verichtigung sofort zu zahlen. In bekannter Roblesse und Wahrheitsliebe ist die Aufnahme der Verichtigung von der Volkstümme abgelehnt, die wir nunmehr den Wählern mit der Bitte, die Unwissenheit daraus zu ziehen, unterbreiten. Folgt alsdann die Verichtigung. Unseren Lesern wird es genügen, wenn wir davon erinnern, daß die von uns geschilderten Vorgänge sich in Seehausen ereignet haben. „Verichtigungen“ die aus jener Ecke kommen, in welcher ja betragliche Dinge sich nicht zum ersten Male ereignen, werden wir auch in Zukunft nicht aufnehmen, wenn sie Beschimpfungen unserer Parteigenossen enthalten.

**Der böse Meisfall**, den die Reformpartei bei den Wahlen erlebte, steht arge Verwundungen in den antisemitischen Hirnlasten angehängt zu haben. So verbreitet die Sachsenhau die Wäre, die Sozialdemokraten Dresdens hätten, um zu bewirken, daß nicht Zimmermann sondern Weidenbach, der konservativere Kandidat, in die Stichwahl kommt, umfassende Wommündigungen vorgenommen. Nicht weniger als 2000 sozialdemokratische Wähler sollen aus diesem Grunde für Weidenbach gestimmt haben. Solch haarsträubendes Wildfium in die Welt zu setzen, bringt ja nur die Antisemitenpresse fertig, bei der es hauptsächlich auf eine Blamage mehr oder weniger nicht ankommt.

**Endlich hat es der Sachsenhau aus der Vereins-**krasse heraus, weshalb die Kandidatur Lindström bei den Wahlen so schlecht abgelaufen ist. Er schreibt: Leicht erklärlich aber wird das Ergebnis, wenn wir das Verhalten der hiesigen Presse gegenüber unserer Kandidatur in Betracht ziehen. Von verschwundenen Ausnahmen abgesehen, war diese Stellung vornehm wie die Magdeburgerische Zeitung, die unsere Versammlungen samt ihrem unparteilichen oder „parteilosen“ Ableger totschweigend und der General-Anzeiger, der nach seiner Tendenz am nächsten kam, berichtete infolge der freisinnigen Richtung der meisten seiner Berichterstatter auch „freisinnig“, d. h. die Referenten sagten durch die freisinnige Parteibeiliste, die nur halb so viel Anwesende, als wirklich vorhanden waren, in unserer Versammlung sichtbar werden ließ, während ungekehrt von freisinnigen, täglich besuchten Versammlungen ein großes Geleise gemacht wurde. Daß dadurch viele Leser und Wähler im Irrtum gemacht, andere direkt getäuscht und in ihrer Stellungnahme beeinflusst worden sind, liegt auf der Hand, so daß wir in Unbetracht dieser offensichtlichen Verhältnisse, fatalen wir auch den relativ größten Zuwachs, mit 822 Stimmen, aufzuweisen haben, zufrieden sein können. Also sind doch die „Freisinnigen“ schuld an dem Meisfall.

**Unfälle.** Der Schneidemeister Chr. M. ist vor einigen Tagen in seiner Behausung von der Treppe gefallen und hat dabei Gehirnverletzungen erlitten. Der Kaufherr Gottlieb G. ist vor einigen Tagen am Kaiser Dito-Platz bei der Abfuhr von Erde vom Wagen gefallen und hat dabei eine Brustquetschung erlitten. Beide fanden Aufnahme in der Wittstädterischen Krankenanstalt. Dem Schmied Friedr. S. aus Magdeburg ist am Dienstag in einer hiesigen Fabrik eine eiserne Platte auf den linken Fuß gefallen, wodurch er eine Beulenquetschung erlitten hat. Er fand Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

### Gerichtliche Urteile.

#### Gewerbegericht Magdeburg.

**T.** Die verheiratete Damenschneiderin Dressler verlangt von einem Lehrling 19,25 Mark für verdorbene Seide. Die Klägerin wird mit ihrer Forderung abgewiesen, da das Gewerbegericht ein vertretbares Verschulden der Beklagten nicht erblicken kann.

Der Kesselschmied L. verlangt von der Maschinenfabrik Schulz 20 Mark Lohn und 2,60 Mark für Versäumnis und Kosten. Beklagte erkennt die Forderung an.

Der Korbmachermmeister L. fordert von dem Korbmacher-gejellen D. Entschädigung, weil letzterer seinen Accord nicht fertig gemacht und ohne Kündigung fortgegangen ist. Beklagter wird zur Zahlung von 12 Mark verurteilt.

Der Arbeiter H. zieht seine Klage gegen den städtischen Obergärtner Vinke wegen Unzuständigkeit zurück.

Der Arbeiter Pf. verlangt von dem Kaufmann Bunge für den Himmelfahrtstag 2,50 Mark Restlohn. Der letztere behauptet, mit dem Kläger eine Vereinbarung getroffen zu haben, wonach die Festtage nicht bezahlt werden. Kläger, der aber an diesem Tage einige Stunden arbeiten mußte, einigt sich mit dem Beklagten auf 50 Pfennig, die letzterer zu zahlen hat.

### Nachrichten aus der Provinz.

Am Sonntag waren Mitglieder verschiedener Segel- und Ruderklubben mit ihren Booten nach Seehausen gekommen. Da der Wind nachmittags böenartig wurde, konnten die Segelboote ihre Rückfahrt erst abends antreten, wo der Wind etwas nachließ. Unterhalb Seehausen bei den Biegeleien ist nun ein Segelboot (ein schwarzes) gesenkt. Die Insassen wurden gerettet. — In Voburg fand ein Mann beim Nähen am Ufer eines Baches eine Schildkröte, die sich dort sonnte. Nach Größe und Farbe ist es die europäische Fähschildkröte, da sie ein eiförmiges, ziemlich glattes, schwärzliches mit gelblichen Punkten besetztes Schild hat und ca. einen halben Fuß lang ist (ausgewachsen wird sie 10-14 Zoll lang), und am Hals und Füßen ebenfalls zahlreiche gelbliche Punkte aufweist. — Ein in Geln dienendes Dienstmädchen hat sich seit einigen Tagen von seiner Herrschaft entfernt. Nach einem an ihre Eltern geschickten und einem zweiten in der Nähe der Stadtbrücke an der Bode gefundenen Briefe muß man annehmen, daß das junge Mädchen den Tod in der Bode gesucht hat. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Den Grund der bedauerlichen That sucht man auf Herzensangelegenheiten zurückzuführen. — In der Freitag-Nacht brach auf der Schätterschen Biegelei in W r o m e Feuer aus, wahrscheinlich infolge böswilliger Brandstiftung. Der Biegeleimeister Wusch geriet dabei in Gefahr, zu verbräuen, wenn ihm nicht die Feuerwehr gerettet hätte.

### Nachrichten aus dem Reiche.

Wegen eines neuen raffinierten Schwindels ist in Bremen ein Agent verhaftet worden, der einige Personen dadurch um große Geldbeträge verlor, daß er ihnen vorlog, er habe eine Schutzvorrichtung gegen Ueberfahren von Straßenbahnwagen erfunden, die er zum Patent anmelden wollte. Durch gefälschte Briefe und Zeichnungen lockte er u. a. einen Kaufmann und einen Arzt zu veranlassen, ihm auf sein angebliches Patent 5000 bzw. 1800 Mark vorzuschießen, welche Summen er für sich verbrauchte. Durch Anfragen bei dem Patentbüro in Berlin wurde der Schwindel aufgedeckt. Man erwartet, daß sich noch weitere Geschädigte melden werden. Soweit bis jetzt bekannt ist, hat der fahrbare Agent noch einen Kaufmann, dem er vorlog, einen von ihm erfundenen Gardinenbestrecker zum Patentieren anmelden zu wollen, um über 300 Mark betrogen. — Vor dem Hause eines Bildhauers in Diegeln, der sein Dienstmädchen schwer geprügelt hatte, fanden Tannsteine statt. Ein Steinhaegel geriet in die Fenster des Hauses, die fertigen Grabdenkmäler wurden von den Tannsteinen zertrübert. In beiden Tagen mußte die Polizei, am Montag auch Militär einschreiten, das mit ausgeplänktem Bajonett vorging und blinde Schüsse abgab. Um 12 Uhr nachts war die Straße wieder hergestellt. Zahlreiche Verwundungen sind vorgekommen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — Beim Weitschwimmen ertranken in W r a n b e r g der Sekrete Hirsch infolge eines Schlaganfalls. Das Weitschwimmen war von einem dortigen Turnverein veranstaltet worden. — Ein aus R d n zugereistes Liebespaar verbrachte in einem Gasthose in Ehrenbreitstein Selbstmord durch Vergiftung. Die Frau ist bereits gestorben, der Mann wurde in hoffnungslosem Zustande ins Hospital gebracht.

### Gingefandt.

#### An die Arbeitnehmer-Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am kommenden Montag, den 27. Juni cr., abends 8 Uhr, findet im oberen Saale der Reichshalle, Kaiserstraße 18, die außerordentliche General-Versammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt, in welcher über die Höhe und die Art der von dem früheren Mandanten der Kasse gemachten Unterzahlungen Bericht erstattet werden soll. Sicherlich werden die Arbeitnehmer-Vertreter diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorbeigehen lassen und zahlreich erscheinen. — Anders aber die Arbeitgeber-Vertreter, die nach allem vorliegenden Material verantwortlich zu machen sind für die Mißwirtschaft in der Kasse, die nun zu einem solchen Ergebnis geführt hat. Es ergibt daher an die Arbeitnehmervertreter die Aufforderung, bei ihren Arbeitgeber, falls solche Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind, dahin vorstellig zu werden, daß diese Arbeitgeber-Vertreter erscheinen. Da es sich um die Festbarmachung des Vorstandes handelt, in welcher Hinsicht nur die Arbeitgeber-Vertreter in Betracht kommen, eine um so dringendere Notwendigkeit. — Nach allem Vorhergehenden sollen die Unterzahlungen die anfangs vermutete und geschätzte Höhe bei weitem übersteigen. — Möge daher jeder Arbeitnehmervertreter dafür sorgen, daß gerade die Arbeitgebervertreter zahlreich erscheinen.

### Bereine, Versammlungen, Vergütungen.

Am 21. d. M. tagte im „Luisenpark“ eine Versammlung der **Maurer und Bauarbeiter**, in welcher Kollege Schoch Bericht erstattete über den Stand der Kämpferung, aus welcher hervorgeht, daß die Lage der Angehörigen noch immer eine sehr kläfftige ist. Danach wurde das Antwortschreiben der Arbeitgeber an die Zimmerer verlesen. Die Zimmerer hatten ein Schreiben an den Arbeitgeber-Verband gerichtet, in welchem sie ihr berechtigtes Vorgehen noch einmal klar legten. Aus dem Antwortschreiben geht hervor, daß der Arbeitgeber-Verband verlangt, daß ihr einseitig aufgestellter Tarif unbedingt anerkannt werden soll. Sämtliche Kollegen, die zu dem Antwortschreiben sprachen, kamen zu dem Schluß, daß wir es hier nicht mit einer Lohnfrage, sondern mit einer Machtfrage zu thun hätten. Die ganze Arbeiterchaft Magdeburg hat an diesem Kampf ein Interesse, weil es sich hier um die Herstellung einer strengen Organisation handelt. Alsdann wurde das Verlangen einzelner Kollegen in der Fremde getadelt, weil ihr Benehmen nicht ein derartiges war, wie es einem organisierten Kollegen zukommt, auch wurden die Kollegen bekannt gegeben, welche es mit dem gegebenen Versprechen, daß sie ausdauern werden, bis der Sieg unser ist, ver-einbaren konnten, nachdem sie einige Wochen Magdeburg den Rücken gekehrt hatten, wieder zurückzukehren. Sie konnten keine triftigen Gründe für ihr eigenartiges Vorgehen angeben. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, daß den Kollegen, welche während der Kämpferung zurück-kommen, ohne stichhaltige Gründe anzugeben, die weitere Unterstützung entzogen wird. Dann wurde das Schreiben des Arbeitgeber-Verbandes, welches an die Baugewerks-Zinnung Solingen gerichtet und in unsere Hände gelangt ist, verlesen. Die Versammlung war entsetzt über das Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes. Verschiedene Kollegen beauftragten das Schreiben noch eingehend. Hierauf ermahnte Kollege Schoch, tr.u und fest zusammen zu halten, damit die Kämpferung auf unseren Gunsten endigt. Die sehr gut besuchte Versammlung fand sodann ihren Schluß.

**Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein.** Umständehalber heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Neungasse in der Vereinslokal.

**Groß-Otterleben.** Auf die am Donnerstag stattfindende Wählerversammlung machen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam und und erjuchen die Wähler aller Parteien, zahlreich zu erscheinen.

**In Zemsdorf** findet am Freitag, den 24. Juni, eine Versammlung im „Deutschen Kaiser“ statt, in welcher das Wahlresultat für den Wahlkreis Wanzleben verkündet wird. Beginn 7 1/2 Uhr abends.

**Freitag, 24. Juni:**  
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Wolbenstraße.  
Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Turnstunden im „Hofgärtner“.  
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunden bei Lausch.

**Sonnabend, 25. Juni:**  
Vereinigung Deutscher Schmiede, Zahlstelle Magdeburg. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstraße.  
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Magdeburg. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Bürgerhaus.  
Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher. Mitglieder-Versammlung bei Müller, Tischlergasse 22.  
Verein der Tischler und Berufsgenossen. Versammlung bei Grothum, Kl. Klosterstr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
Gesangverein „Freundschaft“, Dudenstedt. Jeden Sonnabend abend Nebung bei W. Hirschfeld. Gejangslustige Freunde sind willkommen.  
Männer-Turnverein Wetzlarhagen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunden im weißen Hirsch.  
Porzellanarbeiter, Zahlstelle Neustadt. Versammlung abends 8 Uhr Kleine Klosterstraße 15/16.  
Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Magdeburg. Abends 8 1/2 Uhr Sitzung bei der Kommission bei Grothum.

**Sonntag, 24. Juni:**  
Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. a. g. V. Generalversammlung vorm. 10 Uhr bei Wolkstämpf. Vorstandswahl.

### Briefkasten.

**L. N., Wanzlebenstraße.** Um Ihre Frage beantworten zu können fehlt uns im Briefkasten der Raum. — **D. S., Wulf bei Seehausen.** Das Vorgehen des Herrn ist ungeschicklich. Wenn man zum Wählen, geht muß man sich übrigens vor dem Wahllokal mit dem nötigen Stimmzettel versehen. — **R. G., Weidenstraße.** Das Gesch wurde am 22. Mai 1897 endgültig angenommen. — **G., Neustadt, Souisenstr. Nr. 1.** R. A. Freisinnig. Sie müssen erst einmal persönlich bei uns vor-treten, ehe wir Ihre Eingefandt veröffentlichen.

# Volkversammlung

am Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im Luisenpark.

Tages-Ordnung:

## 1. Der Ausfall der Reichstagswahlen.

Referent: Wilhelm Pfannkuch.

## 2. Bekanntgabe der bis dahin festgestellten Resultate der Stichwahlen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

### Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

#### Central-Vereins der Böttcher

am Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr bei Prantsch, Kalkschberg Nr. 9.

Tages-Ordnung: Wie stellen sich die hiesigen Kollegen zu den in Schönebeck bei Mollweide ausgebrochenen Differenzen?

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Filiale Subenburg.

Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr

#### Versammlung

in der „Zerbster Bierhalle“.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Vortrag des Kollegen Bunder. 3. Verschiedenes. Für eine rege Agitation haben die Mitglieder zu sorgen. Zahlreichen Besuch Die Verwaltung.

### Die feinste Grasbutter

Kann nicht schöner schmecken

als die feinste Süßrahm-Margarine

zu haben in allen



größeren Geschäften

General-Depot: August Linnecke, Magdeburg, Kronprinzenstraße Nr. 8.

Dem geehrten Publikum von Buchau und der Umgegend bringe ich meine

### Sauerischen und Saucischen

in empfehlende Erinnerung und verspreche, nur schwachste Ware zu liefern.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Um geneigte Berücksichtigung bitte!

Karl Zeuchner, Südstraße 7.

### unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch

#### Visser, homöopathischer Prakt.

Magdeburg, Jakobstraße 3.

Sprechstunden von 11-4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

Kaparienhähne, junge und alte à 2,50 Mark, werden bis Sonnabend, den 25. Juni, Weibchen, junge à 50 Pf., alte à 30 Pf., werden fortwährend gekauft.

J. Fischer, Annastraße 25.

### Central-Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen und Fahrräder

Wach- und Wringmaschinen, auch werden Ersatzteile für Fahrräder nach eingehendem Muster sofort angefertigt.

R. Osterroth, Magdeburgerstraße.

### Wohnungs-Einrichtung

nur 190 Mark.

Eleg. Muschelschrank, Vertikow, Kippdivan, 4 Stühle, Tisch, Pfeilerstuhl, 2 Bettstellen mit Matrasen, Waschtisch, Küchenschrank, Tisch sofort spottbillig zu verkaufen.

11 Tischlerbrücke 11.

### Cigarren

nur ff. Qualitäten

in großer Auswahl bei

Carl Beckurs

Subenburg, Breitenweg 30a.

4-rädriger Kinderwagen zu verkaufen bei Paul, Gr. Gorchstr. 10, 2 Tr.

### Möbel

#### Polsterwaren

große Posten Teppiche, ca. 100 Spiegel, Stageren Silber

ausnahmsweise spottbillig zu vert.

Breiteweg 89-90

Georg Mook.

### Möbel, Spiegel, Polsterwaren

reelle Arbeit, empfehle

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlermeisterstraße 26.

Circa 500 leere Cigarrenkisten hat billigst abgegeben

Carl Beckurs, Subenburg, Br. Weg 30a.

### Fleischhalle

Alter Markt 25, Ekhaus Butterm.

Kalbsteisch, Pfd. 15, 40, 45, 50, 55 Pf. Schweinefleisch, Pfd. 30, 40, 50, 55, 60 Pf.

Verkauf nur Freitags und Sonnabends.

Küchengebiet der Magdeburger Volklichen

Gr. Marktstr. 2 und Schumbistr. 61

Freitag: Brantsohl mit Salzkartoffeln und Wirschen.

Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Küchengebiet der Lehrerinnen- und Damenheime, Breitenweg 52, 1 Tr.

Freitag: Erbsuppe, gepickter Hecht und Salzkartoffeln.

Sonnabend: Rübelsuppe, Lungenhachee und Salzkartoffeln.

### Walhalla-Theater.

Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

### Viktoria-Theater.

Freitag, den 24. Juni: Robitität! Zum 5. Male! Robitität!

Das große Gemd. Volksstück in 4 Akten von Karlweis.

Sonnabend, den 25. Juni: Zum letzten Male!

Lehmann auf der Weltanschauung. Burleske Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Boudens. Musik von Wiedede.

Habe mich als

### Arzt

in Magdeburg-Meckstadt

niedergelassen. Zugleich habe ich die Leitung des Sanatoriums des Herrn Ende- mann, Nachtweide 95, übernommen.

Sprechstunden: vormittags 8-10, nachmittags 3-5.

Dr. med. Dorszewski

prakt. Arzt

Spezialarzt für Hydrotherapie

Nachtweide 95, Sanatorium.

Statt jeder besonderen Meldung!

Gestern nachmittag entließ ich nach langem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Wwe. Magdalene Schaal

geb. Röber. Meckstadt, 21. Juni 1898. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.

Eine Sinterwohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Bad, Kamin, zum 1. Juli Magdeburg mit Luise Bemmow in Benneden- zu vermieten. Morgenstraße 11, part. bed.

Möbl. Zimmer für 2 Herren zu vermieten. Marienstraße 10, part.

künstl. Zähne, Gebisse u., Zahnziehen, Plombieren etc. schmerzlos. Magdeburg, Breitenweg 209/210, n. Hauptstr. Anert. billige Preise. - P. Scholze.

Die Pfingstfesttage

die Wahlschlacht

haben an manchen menschlichen Organismus Anforderungen gestellt, denen derselbe nicht gewachsen war. Es haben sich kleine oder größere Krankheitserscheinungen bereits eingestellt, denen leider meistens keine Beachtung geschenkt wird, die aber die Ursache zu ernstlichen Erkrankungen sind. Diesen vorzubeugen, genügt oft schon ein einziges Probe-Dampfbad.

Probe-Dampfbad nur 1 Mark gegen Abgabe dieser Annonce.

E. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4.

1577. Lieferant fast sämtlicher Krankentassen Magdeburgs und Umgegend.

### Standesamt.

Magdeburg, 22. Juni.

Aufgebote: Arb. Paul Westing mit Ottilie Richter hier. Kaufm. August Bern- Hof mit Antonie Wägr hier. Schneider Wilhelm Udo Hierau in Burg mit Emilie Mathilde Ida Herzberg hier. Ziegelarb. Gottfried Marwitz mit Albertine Wisch- hier. Reg.-Haupt.-Diener Karl Garpe hier mit Maria Nidorf in Gorch.

Geburten: Ella, T. des Arb. Aug. Strübing. Eduard, S. des Bäcker's Eduard Madebrandt. Anna-Marie, T. des städt. Lehrers Alb. Sperleiter. Georg, S. des Mühlensmachers Hermann Bahmann. Käthe, T. des Schneidemeisters Ludwig Schütze.

Todesfälle: Julie geb. Hilbrandt, Witwe des Aufsehers Wih. Krilger, 68 J. 5 M. 13 T. Charlotte geb. Neumann, Ehefrau des Handelsmanns Karl Blanken- burg, 60 J. 10 M. 27 T. Andreas Dittmer, ehem. Hofmeister, 88 J. 9 M. 9 T. Georg, S. des Rathhauswärters Heinrich Stein- bach, 11 M. 6 T. Auguste Neumann, 57 J. 9 M. 25 T.

Totgeburt: Eine Tochter, unehelich.

Subenburg, 21. Juni.

Eheschließung: Fabrikarbeiter Paul Mich. Giebel mit Anna Karoline Christiane Koch hier.

Geburten: Minna, T. des Arbeiters Friedr. Seemann. Wilhelm, S. des Form- Wilhelm Mingerzahn. Erna, T. des Schlossers Otto Engel. Marie, T. des Arb. Julius Biehm.

Todesfälle: Andr. Schmidt, Hilfs- bahnwärter, 63 J. 8 M. 12 T. Otto, S. des Arb. Karl Wasserthal, 6 M. 16 T. Marie, T. des Arb. Julius Biehm, 1 T.

Bom 22. Juni.

Aufgebote: Schlosser Friedr. Wih. Otto Pohl mit Alwine Dorothee Marie Dornstedt hier. Dachbeder Heinrich Otto Waderhagen in Altembdingen mit Anna Klara Hedwig Davidis hier.

Geburten: Franziska, T. des Feilen- schleifers Otto Christmann. Gertrud, T. des Gärtners Paul Schoof. Martha, T. des Arbeiters Karl Weber.

Todesfälle: Jenny Klara, unehel. 1 J. 2 M. 24 T. Auguste, geb. Eich, Wwe. des Steuerinsp. Ferdinand Arendt, 69 J. 7 M. 29 T.

Suban, 22. Juni.

Todesfälle: Schlosser August Pohl, 33 J. 7 M. 22 T. Johanne, geb. Reddig, Wwe. des Bandelmanns Christoph Peters, 73 J. 4 M. 1 T.

Neustadt, 20. Juni.

Aufgebote: Arbeiter Gustav August Karl Bärzgam mit Christiane Minna Martha Bräckmann.

Geburten: Otto, S. des Arbeiters Hermann Verig. Wihly, S. des Maurers Friedrich Haffe. Charlotte, T. des Bahn- arbeiters Ludwig Franke. Gertrud, T. des Schuhmachers Friedrich Feser. Paula, T. des Barbierherrs August Biella. Hans, S. des Arbeiters Louis Am-Ende. Gertrud, T. des Schneiders Heinrich Herrmanns.

Todesfälle: Ernst, S. des Arbeiters Ferdinand Freimann, 6 T. Charlotte, T. des Eisenrehers Karl Kirchhof, 1 J. 9 M. 25 T. Friedrich, S. des Eisenb.-Betriebs- sekretär Wilhelm Kammer, 10 J. 3 M. 20 T. Wwe. Schaal, Magdalene, geb. Röber, 79 J. 4 M. 7 T.

Groß-Otterleben.

Aufgebote: Zimmerer Otto Heller in Zemsdorf m. Luise Stridde hier. Schneid. Ferdinand Dietrich mit Anna Wille hier.

Bäckmeister Paul Zingering mit Anna.

Eheschließung: Arbeiter Peter Handrick mit Julia Wobatz hier.

Geburten: Frieda Erna, unehelich. Paula Erna, unehel. Gertrud Martha, T. des Maurers Gustav Degen in Zems- dorf. Hulda Frieda, T. des Fleischers Ernst Drechsler in Bennedenbeck. Albert Wilhelm, S. des Landwirts Wih. Ubers in Zemsdorf. Erich, S. des Schlossers Andreas Wilhelm hier. Luise Marie Anna, T. des Maurers Otto Lindau in Benneden- beck. Hulda Meta, unehel. Frieda, T. des Zimmerers Friedrich Maed hier. Paul, S. des Zimmerers Gustav Schmidt hier. Alma Helene Pauline, T. des Schmieds Friedrich Brandes hier. Heinz Wilhelm, S. des Schneidemeisters Hermann Siegelitz hier. Wihly Fritz, S. des Arbeiters Friedr. Hansen in Zemsdorf. Ely Irene, T. des Schlossers Karl Nachtigall in Benneden- beck. August Walter, S. des Arbeiters August Nafelski hier. Karl Robert, S. des Arbeiters Karl Meinhardt hier. August Wihly, S. des Schneidemeisters August Kerken hier. Otto Richard, unehel.

Todesfälle: Häusler Anton Gottf. Erabe hier, 81 J. 11 M. 9 T. Ehefrau Dorothee Strohsch, geb. Schulze, hier, 64 J. 11 M. 15 T. Arbeiter Gustav Bobendorf hier, 47 J. 11 M. 9 T. Arb. Theodor Hermann Schmidt, 24 J. 4 M. 4 T. Jakobine Starz hier, 1 M. 18 T. Frieda Selma Nehtorn, 1 J. 1 M. 23 T. Walter Paul Schorpe hier, 7 M. 20 T. Sophie Elise Herbst hier, 5 M. 2 T. Hans Garprecht hier, 1 M. 16 T. Ernst Wilhelm Kahner hier, 3 J. 9 M. 16 T.

Burg, 20. Juni.

Eheschließung: Drech. Hugo Lubro. Bollmann in Schönebeck mit Ww. Char- lotte Luise Rudloff, geb. Zesse, hier.

Aufgebote: Schlosser Christian Heintz Hermann Friedrich Engelmann mit Emma Weltering hier. Tischler Paul August Wesse mit Emma Schief hier. Arbeiter Wilhelm Otto Kolwig mit Henriette Schalla hier. Tischler Otto May Hoy mit Agnes Hedwig Seeger hier.

Todesfälle: Wwe. des Barbierherrs August Garshina, Amalie, geb. Schröder, 64 J. 17 T. Bertha, T. des Schuhmach. Paul Hufst, 1 M. 28 T. Otto, S. des Schuhmachers Otto Leich.

Bom 21. Juni.

Eheschließung: Oberarzt vom Sanitätsamt 4. Armeekorps Dr. med. Bruno Hermann Walter Krebs in Magde- burg mit Luise Auguste Gertrud Marie Wille hier.

Aufgebote: Kaufmann Hermann Wih. Otto Steinhäuser mit Luise Emma Beths hier.

Geburten: S. des Drechslers Otto Müller. S. des Weißgerbers Otto Wicherop. T. des Arbeiters Adolf Frey. Eine T. unehelich.

Todesfälle: Walter, S. des Form- Wilhelm Wernide, 8 M. 24 T. Anna, T. des Schuhmachers Gustav Werf, 1 M. 15 T.

### Sehenswürdigkeiten.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11-2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11-3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntags stets in der Zeit zwischen dem Vormittags- gottesdienst der Civil- und Militär- gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

Heinrichshofenscher Kunst-Ausstellung. Eintritt frei.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wil- helm-Platz.

Stadtbibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10-11 1/2 Uhr.

Reithes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8-7 Uhr. Eintritt frei.

Gertrudische Gewächshäuser in Fried- rich Wilhelm's Garten: Geöffnet von 8-12 Uhr vormittags und von 2-7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch 8-11 Uhr und 1-3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage 2-7 Uhr nachmittags. Ein- tritt 10 Pfg.

Unsere Leser werden freundlich er- sucht, bei ihren Einkäufen diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, deren Zu- behör in der Volksstimme inserieren. Für den Inhalt der Inserate ist die Re- daktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich. Preisgemäßig verantwortlich August Müller, Magdeburg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Der Reichstagswähler  
erscheint täglich als Beilage  
der Volksstimme und stellt  
ein Erscheinen nach Beendi-  
gung der Reichstagswahl  
(einschließlich Stichwahl)  
wieder ein.  
Mitarbeit erwünscht.

# Der Reichstagswähler.

Der Reichstagswähler  
bringt in übersichtlicher Form  
das amtliche Agitations-  
material, das aufzubewahren  
und zur Agitation zu ver-  
wenden ist.  
Begierliche Flugblätter  
sind einzufenden.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben,  
Osterburg-Stendal, Salzwebel-Garbelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Aschersleben.

Stichwahl 24. Juni. vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Magdeburg, den 24. Juni 1898.

Stichwahl 24. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

## Zu den Stichwahlen!

### Wähler in Calbe-Aschersleben und Wanzleben!

Ihr werdet jetzt zu entscheiden haben zwischen Nationalliberal und Sozialdemokrat.

Die Nationalliberalen sind nur laue Freunde des Wahlrechts, — dagegen kämpfen stets die Sozialdemokraten für Erweiterung des Wahlrechts.

Wollt Ihr einen Nationalliberalen in den Reichstag schicken, damit Euch das Reichstagswahlrecht geraubt wird?

Hört nicht auf Versprechungen — wie leicht können sie umgangen werden, wenn nicht gebrochen! — erinnert Euch der Thaten der Nationalliberalen. Denkt an das Dreiklassenwahlrecht.

Die Nationalliberalen sind Brotverteurer — sie treten offen ein für Erhöhung der Getreidezölle. Die Sozialdemokratie kämpft für billiges Brot.

Die Nationalliberalen wollen Verbrauchssteuern, die das Volk drücken — die Sozialdemokratie fordert eine Reichsteuer auf reiche Einkommen.

Die Nationalliberalen bewilligen lieber hundert Millionen Mark aus den Taschen des Volkes für Kanonen und Panzerschiffe, als hundert Pfennig zum Schutze der Arbeiter und zur Beseitigung des Volkselends.

Die Nationalliberalen wollen dem Volke alle Lasten aufladen und sich alle Rechte zusichern.

### Die Sozialdemokratie kämpft für gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Die Nationalliberalen schreien stets: „das Vaterland ist in Gefahr“ — damit man nicht merkt, wie sie selbst — die Schlotbarone und Krantjunter — das Vaterland ausrauben.

### Wählt Männer aus dem Volk und für das Volk, wählt sozialdemokratisch.

Wähler von Calbe-Aschersleben und Wanzleben!

Das deutsche Volk hat am 16. Juni laut gesprochen. Zwei Millionen deutsche Reichsbürger rufen Euch zu:

### Wählt Sozialdemokraten!

Hört nicht auf die Stimmen der Volksbedrücker und Volksbetrüger, die das Volk teilen wollen, um es beherrschen zu können. Folgt dem Sammelruf des Volkes — Einigkeit macht stark.

Das Wohl des werththätigen Volkes — in der Fabrik wie in der Werkstatt, auf dem Felde wie in der Bergwerksgrube, der Arbeiter wie der Handwerker — fordert den Sieg der Sozialdemokratie.

Ein Verräter an der Sache des Volkes, wer nationalliberal wählt!

### Wahlkreise Calbe-Aschersleben und Wanzleben.

### Reserven heran!

zur  
Stichwahl am 24. Juni.

Parteilosen! Die Nationalliberalen rechnen schon zuversichtlich auf den Sieg. Diese Hoffnung muß zu Schanden gemacht werden. —

### Was hat sich der Wähler für die Stichwahl am 24. Juni zu merken?

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte Wähler des Kreises, in dem die Stichwahl stattfindet, muß uneingeladen am 24. Juni nach seinem Wahllokal kommen. Gewählt wird nach den Listen, die bei der Hauptwahl benutzt wurden.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag.

Bevor der Wähler das Wahllokal betritt, versteht er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel ausgenütigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Gültigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Ungültig sind Stimmzettel, die 1. nicht von weißem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen; 2. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; 3. aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; 4. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; 5. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten; 6. Stimmzettel, die den Namen eines nicht zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten.

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden vertauschen.

Es ist gut, eine Legitimation (Mietskontrakt, Heiratsurkunde, Steuerquittung usw.) mit in das Lokal zu bringen, wenn auch die Wahlvorsteher kein Recht haben, eine solche zu fordern.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig am 24. Juni in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt am 24. Juni um 10 Uhr vormittags und wird bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Das Gehen in das Wahllokal und das Notieren der Abstimmenden darf niemand unterfangen werden, soweit Platz im Lokal vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. So ist vom Reichstage und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden. Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen in sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Zur gefälligen Beachtung für gewisse Leute unter unseren Gegnern! § 109 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

## Zur Wahlbewegung.

Die amtliche Parole für die Stichwahlen.

Die amtliche Berliner Korrespondenz veröffentlicht die nachfolgende Parole für die Stichwahlen:

Für die bevorstehenden Stichwahlen zum Reichstage, bei denen die Sozialdemokratie in der Mehrzahl der Wahlkreise beteiligt ist, haben bereits verschiedene Parteien die Parole ausgedrückt, unter allen Umständen für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. Dieser Entschluß kann nur mit größter Beugung begrüßt werden, und es ist zu hoffen, daß er auf allen Seiten Nachahmung finden wird. Die Gegenfrage, die bei dem bisherigen Wahlsysteme die Stellung bestimmt haben, müssen zurücktreten, wenn es gilt, den Feind zu bekämpfen, der die Untergrabung aller bestehenden Ordnung sich zum Ziele gesetzt hat. Pflicht der Selbstbehaltung ist es daher, für alle parteilichen Wähler ohne Unterschied ihrer Parteistellung, sich bei den Stichwahlen zu vereinen und mit aller Kraft den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen.

So schreibt die vom preussischen Postministerium herausgegebene Korrespondenz. Herr von der Decke, der „Water“ der lex Mecke ist der berufene, als Tambour die Sammelwerkzeuge zu rühren. So unverfroren ist die Wahlmanoe von oben in letzter Stunde betriebe worden, selbst zu gutigen Zeiten nicht. Aber was wird von der Mecke mit seinen Tamtamschlägen erreichen? Er lockt damit keinen Hund hinterm Ofen hervor, zeigt aber sinnfällig die Furcht der leitenden Kreise vor der Sozialdemokratie. Auf solche Stimmenhalschere gibt es am Stichwahltag bloß eine Antwort: Nieder mit der Sammelpolitik und ihren offiziellen Eibeschleppern, nieder mit dem Klüngel der Scharfmacher, nieder mit dem Umsturz von oben!

Die Stichwahlpolitik der freisinnigen Volkspartei. Noch immer wissen die Freisinnigen nicht, ob sie da, wo ein Sozialdemokrat in der Stichwahl einem Reaktionsär gegenübersteht, für ersteren oder für letzteren stimmen sollen. Nicht genug, daß der Parteivorstand sich bisher in Schweigen gehüllt hat, erklärt jetzt die freisinnige Zeitung, das leitende Parteiorgan, sogar, daß diejenigen Blätter, die den Freisinnigen eine Wahlaktive vorschreiben, weder Fühlung mit der Parteileitung haben, noch über die Stellungnahme der Partei in den einzelnen Wahlkreisen unterrichtet sind. Offenbar fühlt sich Eugen Richter trotz seiner großen Niederlage oben auf, er weiß, daß er bei den Stichwahlen sein Geschäft macht, nicht etwa infolge der Kraft der freisinnigen Prinzipien, sondern infolge des Gehemtes der Sozialdemokraten, die nicht gleiches mit Gleichem vergelten, sondern unbefonnen darum, ob die Mannen der Richter und Richter sich schädel heulen oder nicht, doch die Freisinnigen als das geringere Uebel betrachten und dementsprechend handeln werden. Und dererlei hofft er darauf, daß ihn auch die Konservativen gegen die Sozialdemokraten unterstützen werden, so daß die Kreuzzeitung nicht ganz Unrecht hat, wenn sie neulich behauptete, daß die Freisinnigen mit dem Rode des einen und der Hufe des anderen Nachbarn angethan, stolz, wie es Volkstribunen geizt, in den Reichstag einzuziehen.

Bündler und Antisemiten. Mit großsprecherischen Redensarten sucht sich die Korrespondenz des Bundes der Landwirte über das Niesensisko bei der Wahl hinwegzuhelfen, wobei sie sehr erkennbar die Spitze ihrer Praxereien gegen die Konservativen richtet. Sie schreibt: „Wie mancher Parteipolitiker, der in wirtschaftspolitischen Fragen auf durchaus nationalem, mittelstandsfreundlichem Boden stand, mußte diesen seinen Standpunkt aus parteipolitischen Rücksichten verleugnen, dem Parteizwang, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, gegen seine Ueberzeugung stimmen. Wir können nach den Erfahrungen dieser Wahl heute schon ohne zu übertreiben, behaupten, daß bei der nächsten Reichstagswahl der Bund der Landwirte die einzig zuverlässige und sichere Basis bilden wird im Kampfe der Ordnungsparteien gegen den Umsturz, gegen die immer bedenklicher anwachsende Macht der internationalen Sozialdemokratie!... Die agrarische Bewegung ist nicht in der Abnahme, sondern in stetiger Zunahme begriffen, und der Tag ist nicht mehr fern, wo der Bund der Landwirte, „die immer grüne Nationale“, das einzige Bollwerk bilden wird gegen die immer bedrohlicher anwachsenden Wogen der „roten Internationale“, der Sozialdemokratie! Dieses Maulheulentum merkt nicht einmal, wie sehr es sich lächerlich macht.

Die Zusammensetzung des neuen Reichstags wird von Eugen Richter in seiner freisinnigen Zeitung einerseits übertrieben. Er schreibt: Die Zusammensetzung des neuen Reichstags hängt selbstverständlich ab von dem Ausfall der Stichwahlen; doch ist dieser Ausfall nach den Ziffern der Hauptwahlen und nach früheren Wahlergebnissen mit ziemlicher Sicherheit abschätzbar. Darnach ist keineswegs die Gefahr ausgeschlossen, daß, je nach dem Ausfall der Stichwahlen, der neue Reichstag im Verhältnis zu dem bisherigen Reichstag eine erhebliche Verschiebung nach der rechten Seite aufweist und damit die agrarische Richtung, welche der gegenwärtige Reichstag bereits aufwies, noch eine beträchtliche Verschärfung gewinnt. Dieses zu verhindern liegt ganz in den Händen der Freisinnigen. Wenn diese thätig an der Seite der Sozialdemokratie die Reaktion bekämpfen, wird die agrarische Mehrheit nicht gestärkt, sondern geschwächt werden.

Als verschämter Liebhaber gehärdet sich die Deutsche Tageszeitung. Das Bündlerbrot ist ungenügend mit der Freisinnigen Zeitung, die zwar schmeichelt die Liebeswerbungen der Agrarier abdruckt, aber noch Bedenken trägt, sich sofort den Normwuchsern in die Augen zu werfen. Man werde deshalb gut daran thun, die Freisinnigen in den Verhandlungen über die Stich-

wahlen den Ernst der Lage recht deutlich vor Augen zu führen und ihnen klar zu machen, welche Folgen es für ihre Partei haben müßte, wenn sie nicht ehrlich und aufrichtig mit den rechtsstehenden Parteien in den Kampf gegen die Sozialdemokratie zieht. Man lasse sich nicht durch schöne Nebensarten und allgemeine Versicherungen blenden, sondern fordere, daß eine bindende Zusage gegeben, und daß diese Zusage durch kräftiges Einwirken der Wähler in der Presse und in den Wahlversammlungen auch verwirklicht werde.

Wenn der Freisinn sich so betrage, daß er den Anspruch auf die Bezeichnung staatserkennend, der ohnehin schon auf recht schwachen Füßen steht, verwirft, so entfallt auch der Anlaß, ihn als das kleinere Uebel zu betrachten. Eine Partei, die aus eigener Kraft kein einziges Mandat zu behaupten vermag, spielt keine politische Rolle mehr, und es ist wohl zu überlegen, inwieweit es richtig ist, ihr eine Bedeutung zu verschaffen, welche den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Dies wird nur dann geboten sein, wenn man die Sicherheit hat, daß an anderer Stelle und dafür die gleiche Unterstützung zu Teil wird, denn sonst würde eine Verschiebung der Parteiverhältnisse und eine Irreführung der Anschauungen des Volkes eintreten, deren Folgen vorläufig noch gar nicht abzusehen sind. „Nur unbegrenzte Festigkeit in den Forderungen an die bürgerliche Demokratie kann zu einem gewünschten Ergebnis führen, und es ist durchaus unsere Pflicht, der bürgerlichen Demokratie bei der jetzigen Lage der Dinge unsere Macht und unsere überlegene Stellung fühlbar zu machen. Nur dann, wenn dies mit dem nötigen Nachdruck geschieht, wird man auf jener Seite einsehen, daß das bei den früheren Wahlen beliebte doppelte Spiel in diesem Falle nicht mehr am Platze ist und wenigstens in einer Reihe von Wahlkreisen, wo die Verbitterung noch nicht den allergrößten Grad erreicht hat, zu dem gewünschten Ziele kommen.“ Geschicht den Freisinnigen ganz recht. Warum bekennen sie nicht Farbe!

Ueber die Wahlen der nationalliberalen Partei, die im letzten Reichstag mit 49 Mitgliedern vertreten war, berichtet die Nationalliberale Korrespondenz: „Es sind im ersten Wahlgang bereits gewonnen: 1. Graudenz von den Polen, 2. Mittweida von den Sozialdemokraten, und von bisherigen Beständen behauptet: 3. Neuhaldensleben, 4. Tondern, 5. Dillenburg, 6. Homburg-Rufel, 7. Annaberg, 8. Worms, 9. Wolfenbüttel. Sodann steht die nationalliberale Partei in 77 Stichwahlen, und zwar in 86 Kreisen gegen die Sozialdemokraten (Wanzleben, Halberstadt, Uckerleben, Hameln, Stade, Goslar, Sarburg, Halle, Dithmarschen, Dortmund, Solingen, Kassel, Jittau, Seipzig-Stadt, Sena, Bernburg, Sondershausen, Rudolstadt, Holzminnen, Braunschweig, München 1, Speyer, Hof, Bayreuth, Erlangen, Camstatt, Göttingen, Eßlingen, Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim, Darmstadt, Friedberg-Bildingen, Bensheim, Schörring); in 19 Kreisen gegen das Centrum (Hamm, Duisburg, Bochum, Kreuznach, Saarbrücken, Weklar, Diez, Neustadt a. d. Harz, Germersheim, Juelbrücken, Forchheim, Rempten, Konstanz, Vörrach, Donaueschingen, Heidelberg, Offenburg, Bahr, Freiburg i. Br.); in 7 Kreisen gegen die Welfen (Danabrück, Giffhorn, Uelzen, Lüneburg, Verden, Mienburg, Melle); in 3 Kreisen gegen die Konservativen (Guben, Norden, Herford); in 3 Kreisen gegen Christlich-Soziale und Antisemiten (Siegen, Waldeck, Alfeld); in 7 Kreisen gegen Freisinnige und Deutsche Volkspartei (Aurich, Herold, Oldenburg, Meiningen, Ulm, Tübingen, Oberndorf a. Neckar); endlich in je einem Kreise gegen die Elb-Bohringer (Straßburg-Land) und gegen die Polen (Thorn). 39 dieser Wahlkreise sind zuletzt nicht im Besitz der nationalliberalen Partei gewesen; die anderen 38 sind bisheriger Bestände. Nach Schätzung der nun vorliegenden genaueren Ziffern darf erwartet werden, daß die nationalliberale Partei aus den 77 Stichwahlen 45 bis 50 Mandate noch erwirbt.“ Soweit die Nationalliberale Korrespondenz. Unsere Parteigenossen dürfen es an Eifer und Arbeitsfreude nicht fehlen lassen, diese weitstehenden Wünsche der charakterlosesten Partei Deutschlands nicht in Erfüllung gehen zu lassen.

Die Konservativen drohen den Freisinnigen. Jetzt gibt auch die konservative Korrespondenz ihrem Verrger darüber Ausdruck, daß die Freisinnigen sich nicht ohne weiteres der Parole „Gegen die Sozialdemokratie“ angeschlossen haben. „Wir wollen nur die eine Thatsache gebührend festnageln, daß die freisinnigen Parteien eine klare Stichwahlparole auszugeben bis jetzt vermieden haben. Glaubt man aber auf jener Seite dadurch aus dem Dilemma sich retten zu können, so täuscht man sich. Das Ergebnis der Stichwahlen wird offenkundig jedermann zeigen, wohin der Zug der freisinnigen Herzen gegangen ist. Unseres Erachtens wird von dem Verhalten des Freisinn bei den Stichwahlen das fernere Schicksal dieser politischen Richtung abhängen.“ Mit dieser letzten Versicherung hat die konservative Korrespondenz unbedingt recht. Stimmen die Freisinnigen bei den Stichwahlen so wie es die Konservativen wünschen, so ist ihr Schicksal besiegelt, sie hätten dann politischen Selbstmord begangen und würden in Zukunft wohl auch mit konservativer Hilfe schwerlich jemals noch ein Mandat gewinnen können.

Konservative und Antisemiten. Die Kreuzzeitung verhöhnt die antisemitische Partei, indem sie schreibt: „Die antisemitische Partei scheint sehr schlecht abgeschnitten zu haben. Wir können nicht sagen, daß uns das Kummer verursacht. Die geradezu demagogische Agitation, welche diese Partei betrieben hat, besonders wenn es gegen die Konservativen ging, mußte auf jeden anständigen Politiker abschreckend wirken.“ Ob die Kreuzzeitung ihre Parteigenossen wohl auch zu den anständigen Politikern rechnet?

## Aus den Wahlkreisen.

Wanzleben.

Ueber Wahlbeeinflussungen, im Wahlkreise Wanzleben gelegentlich der Hauptwahl sind uns folgende Angaben gemacht worden: „Der Name mangelt, die Wahlprüfungskommission. Eine ganze Anzahl derselben werden die Wahlprüfungskommission noch beschäftigen, wenn es gelingen sollte, die Kandidatur Peiligenstadt durch

diese Wahlbeeinflussungen durchzubringen. Unsere Parteigenossen aber, die am Tage der Wahl im Kreise Wanzleben thätig sind, eruchen wir, ein recht wachsames Auge zu haben für alle Vorgänge und dafür Sorge zu tragen, daß genügend Zeugen vorhanden sind, welche eventuelle Verstöße bezeugen können. Wir werden dann den Ordnungsrufen im Wahlkreise Wanzleben zeigen, daß man doch nicht so ungefragt sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen kann.

Der Landrat v. Koge macht bekannt, daß der Stichwahl wegen das Ausschreibungsgeschäft am 24. Juni unterbrochen wird. Gut wäre es, wenn sich diese Maßnahme auf alle zu Uebungen eingezogene Meßeristen erstrecken würde.

## Neuhaldensleben-Wolkensteck.

Die „Wahl“ des Herrn Hosang giebt der Magdeburger Zeitung Veranlassung, von einem „Reinfall“ der Genossen zu schreiben, dessen Ursache folgendermaßen erklärt wird: „1. Der Landrat des Kreises Wolkensteck hatte die ihm unterstehenden Organe angewiesen, mit äußerster Liberalität die Herren Agitatoren zu behandeln, in der richtigen Voraussetzung, ihnen dadurch das zugkräftigste Agitationsmittel, als würden sie durch Druck von oben an der Ausführung ihrer Genossen gehindert, zu entwinden. 2. Jeder eingesehene Wähler erlebte es täglich mit, unter welchem Terrorismus die Genossen zu dulden hatten, und lernten so dies moderne Sklaventum fürchten. 3. Der erste Satz des sozialistischen Flugblattes, worin erklärt wurde: „Kein Saal steht uns zur Verfügung, um mit Euch zu reden,“ ließ starken Zweifel an der Wahrheitsliebe der Partei aufkommen; und 4. jedwede Partei, die nicht eine Spur von Liebe zu Kaiser und Vaterland in Wort und That bezeugt, schiebt im Laufe der Jahrzehnte jeden anständigen Menschen und Vaterlandsfreund ab.“ Eine gute Portion Unverfrorenheit gehört dazu, um dieses schreiben zu können, angesichts der Mittel, welche zur Anwendung gebracht wurden, um Herrn Hosang durchzubringen. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Auch diese „Beste“ wird noch fallen.

## Salze-Wischerleben.

Unten 21. Juni läßt sich die Magdeburgerische Zeitung aus Quedlinburg folgendes melden: In der gestrigen Versammlung von Vertrauensmännern der Ordnungspartei wurde von den Führern der freisinnigen Volkspartei und der sozialen Reformpartei die Erklärung abgegeben, bei der bevorstehenden Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten Placke-Walke einzutreten zu wollen. Dadurch und durch eine regere Wahlbeteiligung auf dem Lande würde keine Wahl ermöglicht gegenüber dem Kandidaten der Sozialdemokraten, Schriftsteller Schmidt. Wenn diese Nachricht wirklich auch in Bezug auf das Verhalten der Freisinnigen auf Wahrheit beruhen würde, dann würde sich der Freisinn im Wahlkreise Salze-Wischerleben ein trauriges Zeugnis ausstellen. Alle Parteigenossen aber müssen aus dieser Notiz ersehen, was auf dem Spiele steht und am Stichwahltag nach Kräften zur Unterstützung unserer Kandidaten beitragen.

Die Magdeburgerische Zeitung schreibt: Bei der am 24. d. M. stattfindenden Stichwahl im Wahlkreise Uckerleben-Salze müssen für den Kaufmann Herrn Placke in Uckerleben zu den 18 894 Stimmen, die er bei der ersten Wahl erhalten hat, noch 3358 hinzukommen, wenn er die Mehrheit der bei der ersten Wahl abgegebenen 34 503 Stimmen (17 252) erhalten soll. Es kann nur freudig begrüßt werden, daß die Vertrauensmänner-Versammlung der Reformpartei am Sonntag einstimmig beschloßen hat, für die Kandidatur Placke einzutreten, um zu verhindern, daß ein internationaler, jüdisch-russischer Kandidat in den Reichstag für Uckerleben-Salze einzieht, wie der hiesige Vertrauensmann in den Lokalblättern mitteilt. Sicher erhält Herr Placke die Mehrheit, wenn die Freisinnigen ihre 2232 Stimmen für ihn abgeben, also der in den Zeitungen erwähnten Wahlparole folgen. Anderenfalls ist der Sieg Plackes selbst unter Zuzurechnung der 1287 Stimmen der Reformpartei zweifelhaft, der Sieg des Sozialdemokraten aber sicher auch für den Fall, daß ein nennenswerter Stimmengewinn nicht eintritt, da die Partei schon bei der ersten Wahl mit Hochdruck gearbeitet hat und kaum einer der Ihrigen der Urne fern geblieben. Der 24. Juni wird ja zeigen, ob der Freisinn sich wirklich zum Schlepptier der Plackerianer hergeben will.

## Heitere Gefe.

Eine lustige Wahlgeschichte.

(Der Magdeburgerischen Zeitung entnommen.)

Der Christian in seine Sundaagskluft geht tau de Wahl, un unnerweijener, da dreppt er 'nen Herrn Berwaller. „Na“, seggt der, „Christhan, wo wilt Du denn hennre gahn?“ „Die, Herr Inspektör, ic wil tau de Wahl gehn!“ „Na, wen wilt hei den wählen?“ „Hier is de Zettel! Ic wähle Smidt'n!“ „So“, seggt de Berwaller, „hei is also och 'n Sozialdemokrat! Dat harr ich nich jedocht von em! Det sin allens schlechte Menschen un jroße Dummköpfe, die'n Demokraten wählen; nu kumm mal her, nimm mal hier diesen Zettel un Du wählst Plack'n, det is'n klauer Mann, un der is of for'n König un for'n Staat.“ „It is jut“, seggt Christhan. „Hei geht nu tau de Wahl un geht astdredin tan Guse; nu uff'n Abend, da kummt de Berwaller wedder ran un fragt'n: „Na Christhan, häs hei denn dahn, weit I seggt häw?“ „Nadürlich, Herr Inspektör, ic häwwe den Zettel 'nommen, den Sei mich jeben häwven!“ „Is dat och wahr? Wies mich mal, wenn's jo is, den anneren Zettel har, den Dau nu behalten hast.“ „Ja“, schmunzelt Christhan un reibt sich varjüngt de Hünne, „den Zettel den häw ic nich mehr, den häw ic den Dastopp von Großknecht anjedährt!“

An alle Parteigenossen, welche zur Stichwahl in den benachbarten Wahlkreisen thätig sind, richten wir das Ersuchen, hauptsächlich Augenmerk auf die

## Wahlbeeinflussungen

zu lenken, die ganz bestimmt zu verzeichnen sein werden. Die nationalliberalen Schlot- und Salzbarone und Domänenpächter sind hierin schon immer groß gewesen und sie werden auch bei dieser Stichwahl sich vor allen Dingen auf die Wahlbeeinflussungen verlassen. Alle Genossen haben daher die Pflicht, jeden ihnen aufstößenden Verstoß gegen das Wahlgeseß gewissenhaft zu registrieren und vor allen Dingen Sorge dafür zu tragen, daß eine genügende Anzahl Zeugen für die behaupteten Verletzungen des Wahlgeseßes festgestellt werden. Sämtliche Verstöße sind so bald als möglich an die Kreisvertrauensmänner oder an uns mitzuteilen, damit dieselben etwaigen Wahlprotesten zu Grunde gelegt werden können.

Verantwortlicher Redakteur August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg.

## Chronik auf das Jahr 1848.

24. Juni.

In der Paulskirche behandelte man immer noch die Gründung einer Centralgewalt für Deutschland. Seit jechs Tagen debattirte man nun über die Frage, ob die deutsche Nationalversammlung die Centralgewalt aus eigener Machtvollkommenheit wählen sollte oder ob man den Regierungen das Vorschlagsrecht oder gar das Recht offen lassen wolle, sich selbst über eine die deutsche Einheit repräsentierende Centralgewalt zu einigen. Beide Richtungen fanden Vertreter, doch hatte weder die konservative noch die radikale Ansicht die Mehrheit der Versammlung auf ihrer Seite. Da that am 24. Juni Heinrich v. Gagern, der Präsident der Versammlung, seinen berühmten „föhnen Griff“. Er sagte, er würde es bebauern, wenn es als ein Prinzip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar nichts sollten zu sagen haben. Aber die Zweckmäßigkeit gebiete, in der Frage selbständig vorzugehen. „Meine Herren! Ich thue einen föhnen Griff und ich sage Ihnen: Wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen!“ Man müsse aus eigener Machtvollkommenheit einen Reichsverweser wählen; ein Privatmann allerdings könne ein solches Amt nicht übernehmen, sondern nur eine Persönlichkeit der höchsten Sphäre. Und diese höchste Persönlichkeit müsse ein Fürst sein, was auch die Linke einräumen könne, nicht weil, sondern obgleich er ein Fürst sei. Dies war das erlösende Wort für die Versammlung, die auf diese Weise ihre Selbständigkeit wahren konnte, ohne doch die Regierungen zu kritisieren. Es wird sogar angenommen, daß sich die hauptsächlichsten Regierungen, bevor Gagern einen Antrag stellte, mit einem solchen Modus unter der Hand einverstanden erklärt hatten.

Ein wolkenloser Himmel spannte sich über dem von Kampfeswut und Mordlust erfüllten Paris. Die Revolution hatte in der Nacht bedrohliche Fortschritte gemacht, die Verteidigungswerke waren noch verstärkt worden. Auch die Nationalversammlung war zu einem energischen Niederschlagen des Aufstandes entschlossen, und um alle störenden Einwirkungen von den militärischen Maßregeln fernzuhalten, übertrug man dem General Cavaignac, dem Oberbefehlshaber, die gesammte Regierungsgewalt, während die bisherigen Regierungsmänner zurücktraten. Der General zögerte nicht, von der ihm übertragenen Diktatur energischen Gebrauch zu machen. Von ferngelegenen Garnisonen wurden telegraphisch bedeutende Verstärkungen herbeigeordert. Der Kampf entbrannte alsbald mit voller Heftigkeit. Auf dem linken Seineufer wurden nach langen blutigen Meheleien von den Truppen bedeutende Erfolge errungen, indem es gelang, das von den Insurgenten besetzte Panttheon zu stürmen, auf dem rechten Ufer war dagegen die Kraft des Aufstandes ungeschwächt. Wieder neigte sich der Tag, ohne eine Entscheidung gebracht zu haben, dem Ende zu. Wohl hatten die Truppen einzelne Stellungen erobert und das Stadthaus gehalten: Allein die Menschenverluste waren auf beiden Seiten ungewöhnlich groß und der Aufstand hatte aus der Verleihung der Diktatur an den General Cavaignac nur neuen Trost gewonnen. Von jetzt ab war man auf beiden Seiten zum äußersten entschlossen, der eigentliche Klassenkampf begann. —

## Wer wollte den Kleinbauer von Haus und Hof jagen?

Die Adligen und die Großgrundbesitzer spielen sich immer und besonders zu Wahlzeiten als die größten Freunde des Bauern auf und hoffen, was auch vielfach infolge von Unkenntnis noch gelingt, seine Stimme zu erhalten. Wer aber die geschichtlichen Thatsachen kennt, weiß, daß es nie einen größeren und gefährlicheren Feind des Bauern gegeben hat, als den Adligen und Junker. Es giebt keine Rasse oder Klasse von Menschen, die so rücksichtslos und brutal den Bauer geschunden und bedrückt hat als diese Sippe.

Der Landmann muß sich vergegenwärtigen, daß er in alter Zeit vollständig frei und gleichberechtigter Mensch im Staate war. Das ist allerdings lange her, aber der Zustand war vorhanden. Die Bauern hatten gemeinsam Wiese, Wald und Weide und konnten frei fischen in den Strömen und Seen und frei jagen in den Gemeindeländern. Die Bauern stellten zum Kriegsdienst ihren Mann und im übrigen regelten sie ihre Gemeindegangelegenheiten selbständig, saßen zu Gericht in Streitfällen und zahlten nur ganz geringe Steuern.

Die Folge dieser Zustände war eine gesicherte Existenz, verbunden mit ausgelassener Lebenslust, Fröhlichkeit und unermüdetem Humor.

Durch Kriege aller Art, wodurch unausgesetzt fremde Heerfahren das Land überschwemmten und die Einwohner ausplünderten, versuchten sich die Kleinbauern dadurch gegen Ausraubung zu schützen, daß sie mit irgend einem Großgrundbesitzer in ihrer Mitte einen „Schutzvertrag“ zur gemeinsamen Abwehr der feindlichen Ueberfälle schlossen.

Das war der erste Schritt zur Leibeigenschaft. Je mehr die allgemeinen Rechtsverhältnisse durch die alle Organisations zerstörenden Kriege verschwanden, desto mehr machte sich der „Schutzherr“ Recht über seine „Untertanen“ an und drückte sie immer tiefer in die Abhängigkeit, nahm ihnen ein Recht nach dem andern, bis schließlich der ursprünglich freie Bauer vollständig in die Leibeigenwirtschaft geraten war.

Sein ursprünglicher Grundbesitz wurde nicht mehr als sein Eigentum angesehen, sondern nur als geliehen betrachtet, wofür er dem Herrn „Seigneur“ das ganze Ackerland un-

entgeltlich bebauen mußte. Er mußte pflügen, säen, ernten, dreschen, und für all die Arbeiten bekam er keinen Heller. Ja, er mußte dem „Herrn“ noch soviel Scheffel Getreide, ein gewisses Quantum Obst, Wein, Eier, Fleisch, eine Anzahl Hühner, Gänse usw. jedes Jahr unentgeltlich liefern. Das betrachtete der „Herr“ als Pachtgeld. Anfänglich konnten die Bauern noch zurücktreten, später wurden sie vollständig vernechtet.

Die entflohenen Leibeigenen wurden dem „Herrn“ wie ein entlaufenes Stück Vieh zurückgebracht, und schließlich wurde der „Herr“ vollständiger Eigentümer über Leben und Tod, sowie dessen Besitz. In Rommern z. B. wurde den entlaufenen Leibeigenen vom Schlichter ein Brandmal auf den Waden gebrüht. Die ursprünglich freien Bauern mußten bestimmte Kleidung und die Haare kurz geschoren tragen. Der Leibeigene konnte nicht mehr als Heuge auftreten und durfte kein Testament machen, kurzum, sie waren vollständig rechtlos. Es entstand das jus primas noctis. Das Recht, daß jedes Mädchen, welches heiratete, die erste Nacht bei dem „Herrn“ verbringen mußte.

In Ostpreußen konnte der „adelige Herr“ den Bauer von Haus und Hof verjagen und das Gut seinem Besitz einverleiben. Professor Hansen schreibt in seinem Werk über die Aufhebung der Leibeigenwirtschaft, daß das Bauernlegen in Schleswig-Holstein so allgemein vom Adel geübt wurde, daß es kaum noch der Belege für den allgemeinen Entwicklungsprozeß bedarf, durch welchen die adligen Güter entstanden und vergrößert worden sind.

Die Leibeigenen wurden in Schleswig-Holstein wie Sachen behandelt und man erzählt sogar, daß die gnädigen Herren um sie gespielt und sie gegen Jagdhunde ausgetauscht hätten. (Hansen, Seite 16.)

Ein vortreffliches Erziehungsmittel der Bauern zum Fleiße und zu allen christlichen Tugenden war „das gefesselte Eisen“ auf dem vor dem Herrenhause paraderenden hölzernen Esel. Der atemmäßige Beweis ist geführt, daß zum größten Teil die jetzigen Ackerbauern in Preußen durch gewaltsame Vertreibung von Kleinbauern und durch Raub deren Grund und Bodens entstanden sind.

Selbst Friedrich II. erließ 1749 ein strenges Verbot gegen das Bauernlegen, aber die Adligen pfiffen darauf. Es wurde weiter Grund Boden geraubt.

Große staatliche Domänen wurden an Adelige, Maitressen und Minister in der Zeit von 1786 bis 1796 zu Spottpreisen verkauft. Hans v. Helm bringt in seinem sogenannten schwarzen Buche genaue Angaben darüber. So über 20 Millionen Thaler — nach dem heutigen Wert mindestens 400 Millionen Mark — wurden diese Güter geschätzt, die für ein Butterbrot verschleudert wurden. Kaum ein Zehntel haben die genannten Personen dafür gezahlt.

So entstanden die Großgrundbesitzer in Deutschland mit ihren „wohlerworbenen“ Nechten.

In Frankreich entwickelte sich dieses von den Adligen eingeführte System am schärfsten. In Frankreich wurde das arme Volk am meisten ausgeraubt, geschunden, gemartert und in der grauenvollsten Weise gemißhandelt. Aber in Frankreich erwachte zuerst das niedergedrückte und bis zur Verzweiflung getriebene Volk und zerstückte am Ende des vorigen Jahrhunderts das ganze System der Leibeigen- und Feudalwirtschaft, schaffte alle Vorrechte des Adels ab und nahm das ursprünglich den Bauern gehörige, aber später vom Adel geraubte Land den Junkern weg und gab es den Bauern unentgeltlich zurück.

Das ist das unbestrittene Verdienst der französischen Revolution, daß sie wieder selbständige Bauern schuf.

Die Junken der französischen Revolution flogen auch nach Deutschland herüber, auch hier erwachte wieder die Hoffnung auf bessere zukünftige Tage für die niedergedrückte Menschheit, doch erst die Niederlage der preussischen Heere bei Jena zwang die Regierung, um die Unzufriedenheit im Volke zu beseitigen, am 9. Oktober 1807 auch für Preußen die Leibeigenschaft aufzuheben. Das geschah bloß auf dem Papier. Sie bestand in Wirklichkeit fort und ist erst in den sechziger Jahren endgültig beseitigt.

Die Aufhebung und Ablösung der Leibeigenschaft ist nun eine der traurigsten Epochen in der deutschen Bauerngeschichte und hier zeigen sich die Adligen und Junker alias Konservativen, in der brutalsten und habgierigsten und bauernfeindlichsten Weise.

Waren unter Friedrich II. in Preußen einige Bauernhöfe gestiftet worden, so wurden diese durch die „Gefehgebimg“ von 1808, 1809 und 1810 wieder geopfert. Der Adel konnte diese Bauernhöfe einziehen, wenn er die Besitzer „für das etwa bestehende Besitzrecht“ entschädigte. Der Wolf soll das zu freßende Schaf entschädigen.

Viele Stimmen erhoben sich gegen diese Art Ablösung. In einem antiken Berichte von 1816 klagte Kriegsrat Scharnweber, daß ein großer Teil des Bauernstandes „verschunden“ wäre und daß viele Bauern hätten Tagelöhner werden müssen.

Ein Gesetz von 1811 bestimmte: die erblichen Laßbauern sollen dann vollkommen freie Eigentümer ihrer Stellen werden, wenn sie an den Adel ein Drittel, und die unerblichen Laßbauern, wenn sie die Hälfte ihres Bodens abtreten.

Dieser Verzicht der Bauern auf ein Drittel oder die Hälfte ihres Besitzes bedeutete für sie häufig ihren Untergang als selbständige Landwirte.

Der Adel gab sich mit dieser Beute noch nicht zufrieden. Als die Regierung ernstlich die Regulierung der Besitzverhältnisse in die Hand nehmen wollte, machten die adeligen Grundbesitzer die schärfste Opposition und erklärten, daß sie nach der Regulierung auf Schritt und Tritt auf fremdes

Eigentum treten würden. Um diese junkerlichen Frechheiten zu strafen, schlug der Rat Blöow im Staatskanzleramt vor, die „ausgemittelten Subjekte“, sowie den Grafen Eulenburg und einen Herrn Rist auf die Festung zur Strafe zu schicken. Aber die Adligen siegten, wie immer, über die Regierung.

1816 erschten ein neues Gesetz, welches bestimmte: Erstens mußte die bäuerliche Stelle den Inhaber als selbständigen Landwirt ernähren und mußte spannfähig sein. Zweitens mußten die bäuerlichen Stellen in den Steuerlisten katastrirt sein — was vielfach nicht geschah war — und drittens mußten die Bauernstellen alten Bestandes sein. Alle in letzter Zeit ins Leben gerufenen Bauernstellen ließ man fallen.

Damit waren nicht alle spannfähigen Bauernstellen ohne Weiteres dem Adel geopfert.

Die Bauern wurden massenweise von ihrem Boden getrieben und mit lächerlich geringen Summen abgepeist. Sie sanken tiefer und tiefer zu Tagelöhnern herab, während die Adligen durch jeden von der Scholle gejagten Bauer reicher und ihr Besitz größer ward.

1821 folgte eine neue Ablösungsordnung. Hier handelte es sich nur um die Ablösungen von Diensten, feudalen Abgaben, Leistungen u. Ein zur Ablösung berechtigter Bauer konnte sich z. B. von einer Naturalleistung — Getreide, Vieh, Hühner, Eier u. zu liefern — „befreien“, wenn er den 25fachen Betrag derselben bezahlte. Diese Ablösung kam nur den spannfähigen Bauernhöfen zu Gute. In den Verhältnissen der weit zahlreicheren spannungslosen Bauernhöfe, insbesondere bei den niederschleffischen Dreischgärtnern, soweit sie spannlos waren, änderte sich nichts.

Beide Klassen von Bauern, die also „ablösbar“ oder „regulierbar“ Stellen inne hatten, erkauften sich mit riesigen Geldsummen und Naturalrenten und einer gewaltigen Einbuße an Land ihre „Freiheit“.

Sie traten 1 538 050 Morgen Land an den Adel ab und zahlten an Kapital 18 544 766 Thaler und an jährlichen Renten 1 599 992 Thaler in Geld und in natura 249 436 Scheffel Roggen und 10 633 Scheffel in Hafer, Weizen und Gerste. Es wurden hierdurch 5 978 295 Spanndiensttage und 16 860 824 Handdiensttage „abgelöst“.

So teuer mußten die ursprünglichen freien Bauern ihren von den Adligen und Junkern geraubten Grund und Boden, sowie ihre persönliche Freiheit erkaufen.

Die große Masse der kleinen Landwirtschaften hatten nach wie vor noch für die Herren Adligen und Junker sich ohne Entschädigung zu plagen.

In den gedruckten Motiven des Gesetzes von 1850 lesen wir, daß die Acker der kleinen bäuerlichen Wirte von den Gutsherren zu ihren Vorwerken eingezogen wurden, und die Besther derselben in den Tagelöhnerstand treten mußten. „Das Gemeinwohl erfordert, dem weiteren Umsichgreifen solcher Mißstände ein Ziel zu setzen.“

So räumte der Adel gründlich mit den Bauern auf. Er exproprierte mit Grublichkeit.

Als die Revolution von 1848 kam, waren nur noch wenige Bauern zu „retten“ und zu freien Eigentümern zu erheben. Sie waren bereits vernichtet worden. Im allgemeinen gab die Revolution der Agrargesetzgebung einen kräftigen Anstoß. Die Frucht der Revolution war die Agrargesetzgebung von 1850. Vierundzwanzig gutsherrliche Berechtigungen fielen sofort ohne Entschädigung; die Jagdleistungen, die Pflichten der Berechnung der gutsherrlichen Gebäude, die Abgaben bei Laufen, Ausstattungen u., das Recht, die Gänse der Bauern rupfen zu dürfen, die festgesetzten Dienste der Bauern für Reisen des Gutsherrn und seiner Beamten u.

Die große französische Revolution gab den Anstoß zur Befreiung des kleinen Bauern aus Knechtschaft und Bedrückung, und die Revolution vom Jahre 1848 hat die Befreiung des Bauers vollendet.

Das darf der Bauer nicht vergessen.

Daß unter solchen Umständen die Adligen und Junker die Revolution von 1789 und 1848 verabscheuen, ist begreiflich, denn durch sie wurde der arme gemarterte und geschundene Bauer aus den Klauen dieser arbeitshewen, aber habgierigen Gesellschaft befreit. Leicht haben es die Junker und die Adligen den Bauern nicht gemacht. Nach den Berechnungen von Meißner, in seinem Werke „Boden u. des preuß. Staates“ I. Band 437, mußten die Bauern an barem Gelde, an Renten und Kapitalwert für abgetretenes Land in Preußen

639 Millionen Mark

für Ablösung von Lasten zahlen, die ihnen teilweise erst in den letzten Jahrhunderten durch brutale Unterdrückungsmaßregeln aufgezungen waren.

Ähnlich vollzog sich die „Bauernbefreiung“ in allen deutschen Vaterländern.

So, lieber Landmann, haben dich die Vorfahren der heutigen Konservativen ausgeraubt und geschunden und heute spielen sie sich als deinen Bruder Bauer auf. Und daß die ganzen Kleinbauern nicht ganz verschwunden, ist nur auf den energischsten Widerstand zurückzuführen, den eure Vorfahren leisteten.

Heute machen sie es noch genau so; deine Gänse dürfen sie allerdings nicht mehr rupfen, dafür rupfen sie aber dich durch indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel, während sie selbst sich beharrlich weigern, entsprechend ihren großen Einkommen Steuern zu zahlen.

Sieh, lieber Kleinbauer, wenn eine Revolution gegeben hätte, würdest du noch wie früher den Herren un-

entgeltlich die Felber bearbeiten müssen; und das das abgeschafft ist, können diese edlen Schnapphähne und Nachkommen der Raubritter nicht vergessen.

### Soziale Bewegung.

#### Städtische Wohnungsanfrage in Straßburg.

Die vom Gemeinderat der Stadt Straßburg niedergesetzte Kommission zur Untersuchung der Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung veröffentlicht einen eingehenden Bericht. Danach befindet sich der größte Teil der besichtigten Wohnungen in einem vernachlässigten, zum Teil in einem menschenunwürdigen Zustande. Eine Abhilfe erscheint mit Rücksicht auf die Vauart der untersuchten Gebäude in der inneren Altstadt in den meisten Fällen unmdglich. Eine Hauptursache der Mißstände bilden die Unhygiene der Bewohner in kleinen, Licht- und Luftarmen Räumen, die Unsauberkeit, der schlechte Zustand der Decken, Dielen und Wände, der Mangel an Küchen, Koch- und Heizvorrichtungen, insbesondere aber die mangelhafte Beschaffenheit oder das gänzlich Fehlen der Abortanlagen. Vielfach seien die Mieter infolge der Verigerung der Eigentümer, Reparaturen und Verbesserungen in ihren Häusern vorzunehmen, zur Instandsetzung der Wohnungen auf eigene Kosten gezwungen gewesen. Dies war jedoch nur einem verschwindenden Teil der Mieter möglich, weshalb in vielen Fällen erbärmliche und geradezu ekelhafte Zustände konstatiert werden mußten. Drei Viertel der in Frage kommenden Häuser entsprechen den heutigen Anforderungen der Gesundheitspflege nicht und mußte als haufällig bezeichnet werden. Mangel an Licht und Luft ließen die Bezeichnung „Wohnungen“ in einer Anzahl von Gassen der Altstadt für manche Aufenthaltöräume nicht zu. Dabei wird über eine abnorme Höhe der Mietpreise in den schlechtesten Quartieren bitter geklagt; gerade die verwerflichsten Häuser rentieren am besten, weil es vor allem an kleinen Wohnungen fehlt. Von 412 der von dem einen der fünf Unterausschüsse besichtigten Wohnungen wurde nur eine einzige leerstehende gefunden. Die Bauhaltigkeit in der Stadt habe sich in den letzten Jahren der Herstellung von größeren und mittleren Wohnungen zugewandt; unter den in den letzten fünf Jahren in Straßburg neu entstandenen 280 Wohnungen seien nur etwa 54 ein- und zweizimmerige. Durch die Enquete wurde von neuem die Aenderung des Defizit festgestellte Thatsache erhärtet, daß die ärmeren Schichten des Volkes durch den Aufwand für Wohnzwecke weit stärker belastet werden als die Besitzenden, insofern der von diesen bezahlte Mietszins einen erheblich größeren Bruchteil des Einkommens aufzehrt als bei jenen.

Die Steineyer in Reichenbach i. W. sind am 20. d. in den Streit getreten, weil ihnen die Bewilligung einer geringfügigen Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Charakteristisch ist, daß der Stadtrat den Meistern erklärte, sie sollten die Arbeiter nur in den Streit treten lassen und sich bemühen, auswärts Ertrag für dieselben zu bekommen. Die Generalkommission hat unter dem 18. Juni die erste Nummer eines Fachorgans für italienische Arbeiter L'Operaio italiano (Der italienische Arbeiter) erscheinen lassen. Das Blatt ist namentlich zur Agitation unter den italienischen Maurern, Bildhauern, Steinarbeitern, Stuccateuren und Zimmerern bestimmt. Es erscheint vorläufig alle 14 Tage und kostet pro Trimester 75 Pf.

### Gerichtliche Urteile.

#### Landgericht Magdeburg.

Der Arbeiter Franz Schramke zu Acherleben, geboren 1860, verließ seine erste Frau, mit der er vor längeren Jahren nach Amerika ausgewandert war, und reiste nach Baltimore, wo er, ohne sich scheiden zu lassen, eine neue Ehe einging. Dies wurde später entdeckt und Schramke wegen Bigamie bestraft. Nach Abbüßung der Strafe ließ er auch die zweite Frau im Stich und kehrte nach Deutschland zurück. Ohne Scheidung heiratete er am 18. Dezember 1894 zu Königsborn die dritte Frau und legte sich auf dem Standesamte einen falschen Namen bei, den er auch beibehielt, als er sich wegen eines Vergehens eine Gefängnisstrafe zuzog. Der geständige Angeklagte wurde wegen Sittlichkeitsvergehens und Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Schneider Eduard Teymann aus Essen, geboren 1871, hatte im September 1896 hier Stellung als Zuschneider und Zeichenlehrer angenommen und vorläufig seine Frau und Kinder in Hannover zurückgelassen. Bald nach seiner Ankunft lernte er zufällig eine 35 Jahre alte geschiedene Frau kennen, die seinen Liebeschwärmer Gehör schenkte. Sie verlobte sich mit ihm bereits am 1. October 1896, ohne vorher Erkundigung einzuziehen und glaubte seinen Betrugungen, daß er sie schon in der nächsten Zeit heiraten und wieder gut machen wolle, was ihr erster Mann gesündigt

habe. Die Leichtgläubigkeit der verliebten Frau benutzte Teymann und schwindelte ihr vor, er habe Aussicht, als Direktor eine Filiale der Zuschneideakademie zu übernehmen, sollte aber 8000 Mk. Kaution stellen, 8000 Mk. habe er ja selbst, es fehlten ihm aber die anderen 8000 Mk. Die Frau war entzückt über diese frohe Botschaft, opferte dem Geliebten freudig ihr väterliches Erbe in gleicher Höhe zur Kautionstellung und besuchte ihren inzwischen nach Hannover zurückgekehrten Bräutigam hter. In seiner Wohnung mußte sich seine Frau als Frau Stuers ausgeben und der Braut alle möglichen Dienste leisten. Schließlich kam diese dahinter, daß sie betrogen war und machte Anzeige. Der Heiratschwindler erhielt wegen Betrugs 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

### Kleine Chronik.

Aus Hamburg werden zwei deutsche Schiffe als verschollen gemeldet: das hamburgische Stahlschiff „Theta“, das mit 28 Mann Besatzung am 4. Februar d. J. von Velt nach Rio de Janeiro abgegangen ist, und das bremische Schiff „Alma“, das am 1. Novbr. 1897 von Destero (Brasilien) nach Hongkong in See ging. — In Vorkrieg ging ein sechzehnjähriges Lehrlingmädchen in die Wüste, weil es von zwei Kolleginnen des Diebstahls eines Paares Handschuhe beschuldigt wurde. — Drei Schiffer aus Atrip, welche mit einem schwer beladenen Kiebnach zu Thal fuhren, erlitten unter der Rheinschleife in Ludwigschafen Havarie. Der Nachen versank und mit ihm zwei der Schiffer. Der dritte hielt sich an einem Stelldorf so lange fest, bis er gerettet werden konnte. — Die Thomasschlackmühle in Diedenhofen ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. — Brüssel zählt mit seinen Vororten nach den neuesten statistischen Erhebungen gegenwärtig 551 000 Einwohner. — Nach dem Gemisch von Gefrorenem, das ein Italiener auf der Straße verkaufte, erkrankten in Antwerpen 30 Personen unter Vergiftungsercheinungen. Zwei von ihnen sind bereits gestorben, andere schweben in Lebensgefahr. — In Antwerpen wurde ein Denkmal Darwins enthüllt. — Ein Manuskript J. J. Rousseaus und eine Ausgabe des „Roman de la Rose“, von dem nur drei Exemplare existieren, fand man in Paris in einem Paket, das ein bisher unbekannt gebliebener Herr in einem Boulevardehause zurückgelassen hatte. — Vor einigen Jahren kaufte ein Pariser Polar auf den Rat eines Bilderhändlers, um einen Lotteriegewinn von 10 000 Fr. mitzubringen anzulegen, ein Bild von Corot für 3000, einen Roussau für 2800 und einen Bism für 1800 Fr. Jetzt wurde sein Nachlaß versteigert. Das erste Bild erzielte dabei 53 000, das zweite 101 000, das dritte 20 000 Fr., alle drei zusammen, die 7400 Fr. gekostet hatten, also 174 100 Fr. — 85 Mann des Kürassier-Regiments in Tours erkrankten infolge des Genusses von Konservenfleisch, das über sechs Jahre alt war. — Wegen eines der bekanntesten Kaufleute in Marseille wurde strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet, weil er einen schwerkranken Angefallenen durch Unterschlebung eines Strohmannes bei Pariser und Londoner Lebensversicherungs-Gesellschaften mit 1 300 000 Frank versichert hatte.

### Wasserstände.

Aufst.	Stb.	21. Juni	20. Juni	Ball	Wuch
Dresden	0.12	- 0.12	- 0.15	0.03	—
Dresden	1.38	- 1.38	- 1.38	—	—
Zorgau	0.69	+ 0.69	+ 0.62	0.07	—
Wittenberg	1.34	+ 1.34	+ 1.30	0.04	—
Rößlau	0.73	+ 0.73	+ 0.72	0.01	—
Barby	1.22	+ 1.22	+ 1.17	0.05	—
Schönebeck	1.05	+ 1.05	+ 1.01	0.04	—
Magdeburg	1.20	+ 1.20	+ 1.20	—	—
Zangermhde	1.83	+ 1.83	+ 1.80	0.03	—
Wittenberge	1.66	+ 1.66	+ 1.64	0.02	—
Bismich Pegel	1.18	+ 1.18	+ 1.18	—	—
Sauenburg	1.26	+ 1.26	+ 1.21	0.05	—

### Unterhaltungsteil.

#### Gottlieb Adler und Sohn.

Von Boleslav Prus.  
Autorisierte Uebersetzung aus dem Polnischen von J. Sand.  
(Nachdruck verboten.)

Der Diener verschwand; Adler schwieg wieder, und der Pastor fuhr in seinen Ausführungen fort.

„Dein Sohn arbeitet nicht und vergeudet die durch den Schöpfer ihm verliehenen geistigen, physischen und finanziellen Gaben. Ich sagte Dir das öfters schon, Gottlieb, und Du siehst, daß ich die Erziehung meines Josef nach anderen Grundsätzen leitete.“

„Was wird Dein Josef eigentlich thun, wenn er die Technik absolviert hat?“ unterbrach ihn Adler ungeduldig.

„Er wird in eine Fabrik eintreten und kann mit der Zeit noch Direktor werden.“

„Und wenn er Direktor ist, was dann?“

„Dann wird er weiter arbeiten.“

„Wozu?“

Der Pastor dachte einen Augenblick nach: „Damit er sich und andere nützen kann,“ sagte er dann.

„Na, und mein Ferdinand kann sofort, sowie er nach Hause zurückkehrt, in meiner Fabrik Direktor werden, und was die Möglichkeit anbelangt, so ist er auch heute sich und anderen nützlich, denn er amüsiert sich und giebt den Leuten in zwei Jahren 78 000 Rubel zu verdienen.“

„Aber er arbeitet nicht,“ versetzte der Pastor.

„Er braucht es nicht, denn ich arbeite für uns beide. Ich arbeite durch mein ganzes Leben nicht für zwei aber für

fünf, warum soll denn mein Sohn nicht die Welt genießen? Wenn er es jetzt nicht thut, wird er — ich spreche aus Erfahrung — es später nicht nachholen. Die Arbeit ist ein Fluch; ich habe diesen Fluch auf mich genommen, und daß ich ihn nicht umsonst trug, davon zeugt mein Verdüßgen. Wenn Ferdinand sich jetzt so wie ich plagen müßte, was hätte ich dann von meinem Geld? Was hätte er davon, wenn er aus meiner Million zehn Millionen machen würde? Gott gab uns allen das Leben, damit wir es genießen sollen; aber den einen gab er auch das dazu nötige Geld und den anderen nicht. Mir gab er keins; ich mußte es mir erst selber erwerben, und ich bin nun schon zu alt zum genießen. Warum sollte aber mein Sohn den Becher der Freude nicht leeren?“

„Lieber Gottlieb,“ begann der Pastor, „ein guter Christ.“

„Johann,“ unterbrach ihn der Fabrikant, „bring in die Laube im Garten eine Bouleille Rheinwein und Badewerk... Gehen wir in den Garten, Martin!“

Sie gingen in den Garten. . . . Unterwegs begegnete ihnen ein elendes Weib, das dem Adler zu Füßen fiel und zu jammern begann: „Euer Gnaden, wenigstens drei Rubel Beihilfe zum Begräbnis.“

Adler riß den Fuß aus ihren Armen, was ihn ohne besondere Schwierigkeit gelang, und entgegnete kühl: „Geh zum Brandweinschinker; dort hat ja Dein Mann sein Geld angelegt.“

„Euer Gnaden“ . . .

„Im Komptoir erledigt man solche Geschäfte, nicht hier. Geh' dort hin!“

„Ich war schon dort, aber man hat mich hinausgeworfen.“

„Fort!“ donnerte Adler, „zur Arbeit mögt Ihr nicht gehen; aber betteln, das versteht ihr.“

„Ich war krank Herr, wie konnte ich arbeiten?“

„Nun, so sollst Du keine Kinder haben, wenn Du das Leidenbegängnis für sie nicht bestreiten kannst.“

Und er ging in den Garten, den empörten Pastor mit sich fortführend.

Böhme riß sich jedoch los und blieb stehen. „Gottlieb, ich werde nicht trinken.“

„D,“ fragte Adler erstaunt, „warum denn nicht?“

„Die Thränen der Armen machen den Wein bitter.“

„Fürchte nichts; die Gläschen sind reingewischt und die Flaschen und gut zugekorkt. Ha, ha, ha!“

Der Pastor wurde rot, lehnte zornig um und schritt schnell nach dem Hof zu seiner Kutsche.

„Halt! Mensch!“ schrie Adler.

Der Pastor hat, als hörte er nicht. „Rehr' doch um! He, Du verfluchtes Luder,“ schrie er wütend das weinende Weib an; „hier hast Du drei Rubel und schau, daß Du fortkommst, so lange Du noch ganz bist!“ Er warf ihr das Geld zu.

„Martin! Böhme! Rehr' doch um, der Wein ist schon in der Laube.“ Aber der Pastor war schon in der Kutsche und das Gefährt bereits zum Hofthor hinaus.

„Berrückt!“ sagte Adler zu sich; er war an solche Scenen gewöhnt. „Diesen Studierten fehlt gewöhnlich etwas im Kopf,“ dachte er, der davonfahrenden Kutsche nachblickend.

„Wenn ich studiert hätte, würde ich heute soviel wie Böhme haben, und Ferdinand würde auch in der Technik sitzen.“

Er kehrte um, zog in die Nase etwas Fabrikrauch, den der Wind zu ihm herüberwehte, und dann ging er ins Administrationsgebäude.

Da ließ er 50 000 Rubel ins Kassabuch eintragen, und an seinen Sohn ein Telegramm senden, er sollte, sobald seine Schulden bezahlt wären, sofort nach Haus fahren.

Als Adler das Comptoir verließ, begannen die Beamten den Fall zu besprechen.

„Keine Aussichten; wir werden wiederum „Ersparnisse“ einführen; der Funge verlor 50 000 Rubel und wir werden sie bezahlen.“

Nach Verlauf von einer Viertelstunde erzählte man im ganzen technischen Bureau, daß Adler die Gehälter zu kürzen gedächte, weil sein Sohn 100 000 Rubel verpulverte. Und faun war eine Stunde verlossen, und in sämtlichen Abteilungen der Fabrik sprach man von nichts anderem, als von der bevorstehenden Schmälerung der Gehälter und Löhne.

Die Stimmung, namentlich unter den Männern, wurde eine erregte. Einer drohte, er würde dem Fabrikanten „die Knochen zählen“, der zweite, er werde ihn ermorden, und ein dritter sprach gar davon, unter die Fabrik Feuer zu legen.

Sehr viele vertraten auch die Meinung, man müßte einmütig die Fabrik verlassen — streiken. Die Weiber meinten, die Männer fluchten.

Adler wurde von allem am Abend Bericht erstattet und er war mit dem Rapport wohl zufrieden. Da die Leute nur fluchten, konnte man ohne Gefahr die Löhne kürzen, und diejenigen, die zu drohen wagten, würde man schon ungefährlich machen.

(Fortsetzung folgt.)

## Hausfrauen kauft nur Kaiser's Kaffee.

Derselbe wird direkt aus den Produktionsländern importiert, in eigenen Mältereien nach besonderem Verfahren geröstet und in über 300 Filialen an die Konsumenten abgegeben.

Nur zu haben in

# Kaiser's Kaffee-Geschäft

## Magdeburg

Alte Markt 3/4, Breiteweg 272, Magdeburg-Sudenburg Breiteweg 118.

Grösstes Kaffee-Importgeschäft Deutschlands

im direkten Verkehr mit den Konsumenten.

Teilhaber der Venezuela-Plantagen-Gesellschaft m. b. H.

### Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Steinmetz, Tischler, Schmiede, Stuccateur, Schneider, Schuhmacher, Sattler und Polsterer, Barbier, Bürstenmacher, Krankenwärter und Krankenwärterinnen.

### Tüchtiger Zuschneider

welcher zugleich steppen kann und durchaus selbständig ist, für dauernde Stellung gesucht.

### G. Arnold

Maschinen- und Lederhandlung Sudenburg.

### Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Mechaniker, Bäcker, Läger, Former, Buchbinder, Steindrucker, Bürstenmacher, Fleischer und Arbeiter für jede Arbeit.